

**BERLINER JUDEN
IM GETTO LITZMANNSTADT
1941_1944
EIN GEDENKBUCH**

BEARBEITET VON INGO LOOSE

STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS

Herausgeber: Stiftung Topographie des Terrors,
vertreten durch Andreas Nachama
Autor und Redaktion: Ingo Loose
Konzeption: Thomas Lutz
Übersetzung: Ingo Loose
Lektorat: Nicole Warmbold
Gestaltung: Kurt Blank-Markard
Litho: Henry Tafelmayer
Papier, Inhalt: Fly (FSC-zertifiziert), Papierfabrik Schleipen
Schrift: Myriad, Minion
Druck: DMP Digital- & Offsetdruck GmbH, Berlin

Das dem Buch zugrunde liegende Projekt mit Studierenden
aus Berlin und Łódź wurde von der Stiftung Topographie
des Terrors gemeinsam mit dem Staatlichen Archiv,
dem Toleranz-Institut und der Stiftung Monumentum
Judaicum Lodzense aus Łódź durchgeführt.

Diese Publikation wurde ermöglicht
durch finanzielle Unterstützung der International Task
Force for International Cooperation on Holocaust,
Education, Remembrance, and Research.
Gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages und
durch die Kulturverwaltung des Berliner Senats
sowie aus Mitteln des PS-Sparens des Landes Berlin.

© 2009 Stiftung Topographie des Terrors und
die Urheberrechtsinhaber, Berlin – Łódź
Printed in Germany
ISBN: 978-3-9811677-6-4

INGO LOOSE

VON DER ENTRECHTUNG ZUR DEPORTATION: DIE BERLINER JUDEN 1933–1941

1 DIE ENTRECHTUNG UND VERFOLGUNG DER BERLINER JUDEN VON DER NATIONALSOZIALISTISCHEN »MÄCHTERGREIFUNG« 1933 BIS ZUM BEGINN DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Als die Nationalsozialisten mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 die Macht im Deutschen Reich übernahmen, lebten in Deutschland knapp eine halbe Million Juden (0,77 % der Gesamtbevölkerung) – die meisten von ihnen, nämlich über 160 000 Personen, in der Reichshauptstadt Berlin.¹ Antisemitismus hatte bereits vor 1933 eine zentrale Rolle im Parteiprogramm der NSDAP, in Hitlers Buch »Mein Kampf« bis hin zur gesamten politischen Propaganda gespielt; und so ließen nach der »Machtergreifung« Terror und diskriminierende Maßnahmen gegen jüdische Deutsche nicht lange auf sich warten: Neben dem Ermächtigungsgesetz »zur Behebung der Not von Volk und Reich« vom 24. März 1933, welches die rechtsstaatlichen Prinzipien der Weimarer Republik völlig aushöhlte, und der sogleich einsetzenden »Gleichschaltung« waren es vor allem zwei »Aktionen«, die sich für Juden als besonders folgenreich erwiesen: Am 1. April 1933 rief die NSDAP reichsweit zum Boykott jüdischer Geschäfte und Betriebe auf. Jüdische Geschäftsinhaber mussten ihre Läden geöffnet halten, die Schaufensterscheiben wurden mit antisemitischen Parolen beschrieben und »arischen« Kunden der Zutritt durch SA-Männer verwehrt. An zahlreichen Orten kam es zu Übergriffen, willkürlichen Verhaftungen und massiver Gewalt gegen Juden. Ob die Nationalsozialisten mit dem bereits nach einem Tag abgebrochenen Boykott die Hoffnung auf einen reichsweiten Pogrom verbanden, ist in der Forschung umstritten.² Entscheidender waren vielmehr die langfristigen Folgen: Diskriminierungen und Drangsalierungen von Juden wurden in den folgenden Jahren regelrecht eingeübt. Eine unvollständige Zusammenstellung der wichtigsten antisemitischen Verordnungen im NS-Staat verzeichnet für die Jahre von der »Machtergreifung« bis zum deutschen Überfall auf Polen knapp 1 450 antisemitische Maßnahmen.³ Am 1. April begann dementsprechend auch der wirtschaftliche Niedergang jüdischer Unternehmer, Ladenbesitzer und Händler – in einigen Branchen rascher, in anderen etwas langsamer, in jedem Fall aber unaufhaltsam.

Wenige Tage nach dem Boykott führte das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 dazu, dass viele Tausend Juden von heute auf morgen ihren angestammten Beruf verloren und vor dem finanziellen und sozialen Ruin standen. Dies betraf nicht nur Beamte im Staatsdienst, sondern auch jüdische Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer, Wissenschaftler und nicht zuletzt auch zahllose Angestellte, auf die man die Regelungen ebenfalls anwandte. »Wir sind in Deutschland nicht mehr weit von einem neuen Ghetto entfernt«, schrieb der zionistische Publizist Robert Weltsch in der Jüdischen Rund-

1 Ino Arndt/Heinz Boberach: Deutsches Reich, in: Wolfgang Benz (Hg.): Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. München 1996, S. 23–65, hier S. 23f.

2 Vgl. Kurt Jakob Ball-Kaduri: Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933. Ein Zeitbericht. Frankfurt/M. 1963, S. 83f., 88.

3 Vgl. Joseph Walk (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung. Heidelberg ²1996; Michael Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939. Hamburg 2007, S. 138ff.

schau am Tage der Verkündigung des Berufsbeamtengesetzes.⁴ So visionär diese Prognose in der Rückschau auch erscheinen mag – auch Weltsch dürfte es zu diesem Zeitpunkt kaum für möglich gehalten haben, dass das hier von ihm als Metapher heraufbeschworene Getto nur wenige Jahre später von den Nationalsozialisten auf das Grausamste in die Realität umgesetzt werden würde.

Die Entrechtung und massive Diskriminierung, der alle Juden bereits in den ersten Wochen nach der »Machtergreifung« ausgesetzt waren, fand einen weiteren Höhepunkt in der Bücherverbrennung, welche die Nationalsozialisten am 10. Mai 1933 in Berlin vor der Friedrich-Wilhelms-Universität, daneben aber auch in vielen anderen Städten des Reiches in Szene setzten und mit der zahlreiche bedeutende, zu einem großen Teil jüdische Schriftsteller geächtet wurden. Die Zahl der Juden, die aus Berlin ins Ausland emigrierten, stieg sprunghaft an; 1933 betrug sie 13 000 Personen. Bis Kriegsbeginn 1939 verließen insgesamt ca. 80 000 Berliner Juden Deutschland. Im Gegenzug kamen aber auch zahlreiche Juden aus kleineren Städten nach Berlin, um dort den Repressalien der Nationalsozialisten besser entgegen zu können.⁵ Nicht wenige der Zurückbleibenden hofften nach wie vor darauf, dass der Nationalsozialismus nur eine vorübergehende Erscheinung sei. Vor diesem Hintergrund konnten sich viele nicht dazu entschließen, ihren persönlichen Lebensentwurf aufzugeben und zu emigrieren. Nach den ersten Monaten nationalsozialistischer Herrschaft kam es immer wieder zu vorübergehenden Phasen trügerischer Ruhe, die den Eindruck erweckten, als sei das Schlimmste bereits überstanden.⁶

Das Jahr 1935 sollte jedoch zeigen, dass die Nationalsozialisten eine noch sehr viel radikalere Ausschaltung und Separierung der Juden aus der deutschen Gesellschaft anstrebten. Seit 1934 war es die erklärte Absicht von Sicherheitsdienst (SD) und Geheimer Staatspolizei (Gestapo), die »restlose Auswanderung der Juden« zu betreiben. »Den Juden sind die Lebensmöglichkeiten – nicht nur wirtschaftlich genommen – einzuschränken. Deutschland muß ihnen ein Land ohne Zukunft sein.«⁷ Der ohnehin äußerst prekäre Status der Juden erfuhr mit der Einführung der sogenannten »Nürnberger Rassengesetze« im Sommer 1935 eine massive Verschlechterung.⁸ Diese bestimmten, dass Jude sei, »wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern« abstammte, und dass Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden fortan verboten seien. Bezeichnend war, dass das religiöse Bekenntnis der Großeltern hierfür entscheidend war und den Nationalsozialisten eine Festlegung des Begriffs »Jude« aus ihrer kruden Rassenlehre nicht gelang.⁹

Die Rassengesetze schufen neben »Volljuden« und »Mischlingen« unterschiedlichen Grades eine weitere Kategorie von Betroffenen: die sogenannten »nichtarischen Christen«. Bis in die jüngste Vergangenheit ist das Schicksal der zum Christentum konvertierten Juden beinahe gänzlich unbekannt gewesen. Dabei teilten sie das Schicksal der Juden, mit

4 Robert Weltsch: Die Judenfrage als Politikum, in: Jüdische Rundschau vom 7. April 1933, S. 139.

5 Angaben nach Wolf Gruner: Judenverfolgung in Berlin 1933–1945. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt. Berlin 1996, S. 95.

6 Zu den Verfolgungsmaßnahmen in Berlin vgl. Wolf Gruner: Die Reichshauptstadt und die Verfolgung der Berliner Juden 1933–1945, in: Reinhard Rürup (Hg.): Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien. Berlin 1995, S. 229–266. Zur Geschichte der Berliner Juden vgl. u. a. Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Juden in Kreuzberg. Fundstücke, Fragmente, Erinnerungen. Berlin 1991; Kulturamt Weißensee und Stadtgeschichtliches Museum (Hg.): »Ich hatte einst ein schönes Vaterland.« Juden in Weißensee. Berlin 1994; Dorothea Kolland (Hg.): Zehn Brüder waren wir gewesen... Spuren jüdischen Lebens in Berlin-Neukölln. Berlin 1998 (Deutsche Vergangenheit – Stätten der Geschichte Berlins; 29).

7 Memorandum des SD-Amtes IV/2 an Reinhard Heydrich vom 24. Mai 1934, publiziert bei Michael Wildt (Hg.): Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation. München 1995, S. 66–69, hier S. 66f.

8 Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (RGBl. I, S. 1146); Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 (RGBl. I, S. 1146); 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (RGBl. I, S. 1333).

9 Cornelia Essner: Die »Nürnberger Gesetze« oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945. Paderborn usw. 2002.

denen sie zwar entsprechend den »Nürnberger Rassengesetzen« gleichgestellt waren, mit denen sie religiös jedoch nichts mehr verband.¹⁰ Eine geringe Zahl von ihnen wurde im Oktober und November 1941 ebenfalls in das Getto Litzmannstadt verbracht.

Die nationalsozialistische Diskriminierungspolitik bedeutete für die Juden in Deutschland in vielerlei Hinsicht eine Tragödie: eine soziale – durch den vollständigen Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben¹¹; eine wirtschaftliche – durch die rasche Verarmung infolge von Entlassungen, »Arisierungen« und einer wachsenden Abhängigkeit von jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen¹²; und schließlich auch eine Tragödie der bisherigen Identität vieler Juden als Deutsche *und* Juden – die deutsch-jüdische Symbiose hatte sich als eine fatale Illusion erwiesen.¹³

Das Leben unter Ausnahmerecht und andauernden Schikanen hielt viele deutsche Juden dennoch nicht davon ab, ihre Glaubensbrüder in Polen in einer noch schlechteren Lage zu wähen. Knapp ein Fünftel aller Juden im Reich waren Ausländer (98 747 Personen im Jahre 1933), davon über die Hälfte polnischer Staatsangehörigkeit (56 480 Personen).¹⁴ Die jüdische Presse in Deutschland berichtete ausführlich und mit großer Anteilnahme über den wachsenden Antisemitismus, den Wirtschaftsboykott gegen jüdische Unternehmer, die Separierung jüdischer Studenten an den polnischen Hochschulen und von gewaltsamen Übergriffen in der zweiten Hälfte der Dreißigerjahre¹⁵, und andererseits erfuhren viele Not leidende deutsche Juden Hilfe durch Spendenaufrufe polnischer Synagogengemeinden¹⁶. Dennoch vermochte dies nicht die Kluft und Fremdheit auszuräumen, mit denen diejenigen deutschen Juden konfrontiert waren, die in insgesamt zwanzig Transporten im Herbst 1941 in das Getto Litzmannstadt deportiert wurden.¹⁷

Insgesamt zeichnete sich in der zweiten Hälfte der Dreißigerjahre vor allem in den Großstädten mit bedeutenden Jüdischen Gemeinden, in Breslau, Frankfurt am Main und insbesondere in Berlin, ein doppelter Prozess der Ausgrenzung ab: Neben die diskriminierenden Maßnahmen, Verordnungen und Gesetze auf Reichsebene, von denen alle

10 Vgl. Ursula Büttner: Von der Kirche verlassen: Die deutschen Protestanten und die Verfolgung der Juden und Christen jüdischer Herkunft im »Dritten Reich«, in: dies./Martin Greschat (Hg.): Die verlassen Kinder der Kirche. Der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im »Dritten Reich«. Göttingen 1998, S. 15–69.

11 Trude Maurer: Vom Alltag zum Ausnahmezustand: Juden in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1918–1945, in: Marion Kaplan (Hg.): Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945. München 2003, S. 348–470; Marion Kaplan: Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien im Nationalsozialismus. Berlin 2001.

12 Avraham Barkai: Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1945. Frankfurt/M. 1988; vgl. Claus Füllberg-Stolberg: Sozialer Tod – Bürgerlicher Tod – Finanztod. Finanzverwaltung und Judenverfolgung im Nationalsozialismus, in: Katharina Stengel (Hg.): Vor der Vernichtung. Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus. Frankfurt/M. – New York 2007 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts; 15), S. 31–58.

13 Vgl. hierzu Gershom Scholem: Zur Sozialpsychologie der Juden in Deutschland 1900–1930, in: Rudolf von Thadden (Hg.): Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen. Göttingen 1978, S. 256–277; ders.: Wider den Mythos vom deutsch-jüdischen Gespräch, in: ders., Judaica 2. Frankfurt/M. 1970, 1982, S. 7–11.

14 Trude Maurer: Ausländische Juden in Deutschland 1933–1939, in: Arnold Paucker (Hg.): Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland/The Jews in Nazi Germany 1933–1943. Tübingen 1986 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts; 45), S. 189–210, bes. S. 196f.; Arndt/Boberach, Deutsches Reich, in: Dimension des Völkermords, S. 23f.

15 Vgl. Chronistische Notizen, in: Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt vom 10. Mai 1937, S. 14.

16 Yfaat Weiss: Polish and German Jews Between Hitler's Rise to Power and the Outbreak of the Second World War, in: Leo Baeck Institute Year Book XLIV (1999), S. 205–223; dies.: Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust. Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933–1940. München 2000 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; 81); Emanuel Melzer: Relations between Poland and Germany and Their Impact on the Jewish Problem in Poland (1935–1938), in: Yad Vashem Studies 12 (1977), S. 193–229; William W. Hagen: Before the »Final Solution«: Toward a Comparative Analysis of Political Anti-Semitism in Interwar Germany and Poland, in: Journal of Modern History 68 (1996) 2, S. 351–381.

17 Avraham Barkai: Deutschsprachige Juden in osteuropäischen Ghettos, in: ders.: Hoffnung und Untergang. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Hamburg 1998 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; 36), S. 197–223.

deutschen Juden gleichermaßen betroffen waren, traten nun immer häufiger auch Entscheidungen und Verordnungen der Berliner Stadtverwaltung, des Berliner Gauleiters und Reichspropagandaministers Joseph Goebbels sowie seines (ab 1935 amtierenden) Polizeipräsidenten Wolf Heinrich Graf von Helldorf.

Im April 1938 notierte Goebbels in sein Tagebuch, dass nun die Zeit gekommen sei, die Juden »ganz aus Deutschland herauszudrängen«. Dass durch den »Anschluss« Österreichs im März weitere 200 000 Juden in den nationalsozialistischen Machtbereich gelangten, führte zu einer weiteren Radikalisierung der nationalsozialistischen »Judenpolitik«.18 Ende April trugen Goebbels und Helldorf die Angelegenheit bei Hitler vor, und dieser erklärte sich grundsätzlich einverstanden, wenngleich der Verdrängungsprozess zunächst nur ein allmählicher sein sollte: »Wir werden Berlin den Charakter eines Judenparadieses nehmen.«19 Seitdem ließ dieser Gedanke Goebbels nicht mehr los. Ab Mai 1938 schrieb er in seinem Tagebuch wiederholt von einem »Berliner Antijudenprogramm«, das er nun in Angriff nehmen wolle.20 Dabei ist verschiedentlich auch von einem einzurichtenden »Judenghetto« die Rede, das Helldorf und er in Berlin errichten würden und das von den »reichen Juden« selbst bezahlt werden sollte.21 Die Polizei erhielt im Juli 1938 die Anweisung, alle Möglichkeiten und Vorschriften dafür zu nutzen, den Juden das Leben so schwer wie nur irgend möglich zu machen und sie so zum Verlassen der Stadt und zur Emigration aus Deutschland zu drängen.22

Hitler und Goebbels schwebte zu jener Zeit noch eine Spanne von zehn Jahren vor, innerhalb derer sie alle Juden aus Deutschland vertreiben wollten.23 Eine solch langfristige Planung wurde jedoch durch die Radikalität der Nationalsozialisten und die Dynamik der Entwicklung im Sommer und Herbst 1938 sehr rasch ad absurdum geführt. Im April 1938 mussten Juden ihr gesamtes, vor allem gewerbliches, Vermögen anmelden24, und nun beschleunigte sich auch der Prozess der »Arisierungen« und der Zerstörung jüdischer Gewerbetätigkeit, was wiederum die Zahl derer massiv erhöhte, die auf die Fürsorge durch die Jüdische Gemeinde angewiesen waren. Im August 1938 wurde angeordnet, dass Juden ab dem 1. Januar 1939 gezwungen sein würden, zu ihrem Vornamen den Zusatz »Israel« bzw. »Sara« zu führen.

Eine weitere Eskalationsstufe bildete die sogenannte »Polen-Aktion« Ende Oktober 1938. Durch ein Ende März 1938 in Polen verabschiedetes Gesetz liefen zahlreiche, in Deutschland lebende Juden polnischer Staatsangehörigkeit Gefahr, staatenlos zu werden. Dies nahmen die Nationalsozialisten zum Vorwand, in den letzten Oktobertagen etwa 17 000 polnische Juden aus dem gesamten Reich zu verhaften und sie in einer brutalen

18 Albert Meirer: »Wir waren von allem abgeschnitten.« Zur Entrechtung, Ausplünderung und Kennzeichnung der Berliner Juden, in: Beate Meyer/Hermann Simon (Hg.): Juden in Berlin 1938–1945. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum«, Mai bis August 2000. Berlin 2000, S. 89–106, hier S. 93.

19 Elke Fröhlich (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Hg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußland. Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 5: Dezember 1937 – Juli 1938. Bearb. von Elke Fröhlich. München 2000, S. 269 (Eintrag vom 23. April 1938); vgl. ebd., S. 256 (Eintrag vom 11. April 1938).

20 Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 5, S. 325f. (Einträge vom 30. und 31. Mai 1938); vgl. Wolf Gruner: »Lesen brauchen sie nicht zu können...«. Die Denkschrift über die Behandlung der Juden in der Reichshauptstadt vom Mai 1938, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 4 (1995), S. 305–341.

21 Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 5, S. 366 (Eintrag vom 2. Juli 1938); Gruner, »Lesen brauchen sie nicht zu können...«, S. 322f.

22 Gruner, Reichshauptstadt, S. 237; ders., Judenverfolgung in Berlin, S. 53. Vgl. allgemein Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.): Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945. Göttingen 2004 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus; 20).

23 Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 5, S. 393 (Eintrag vom 25. Juli 1938).

24 Anordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 (RGBl. I 1938, S. 415).

Deportation bei Bentschen (Zbąszyn) und andernorts über die deutsch-polnische Grenze zu treiben. Unter den Deportierten waren auch viele in Berlin lebende Juden, auch wenn ihre genaue Zahl nicht anzugeben ist.²⁵ Dieser antisemitische Terror kulminierte im reichsweit inszenierten Pogrom in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, bei dem Hunderte Synagogen entweicht und in Brand gesteckt, Tausende Geschäfte und Wohnungen von Juden zerstört, 30 000 Männer in Konzentrationslager gebracht (allein aus Berlin 12 000 Männer in das KZ Sachsenhausen) sowie knapp Hundert Juden ermordet wurden. Goebbels notierte hierzu, in Berlin sei »es ganz toll hergegangen. Brand über Brand. Aber das ist gut so.«²⁶ Zwei Tage nach dem Pogrom wurde den Juden eine »Sühneleistung« in Höhe von einer Milliarde Reichsmark auferlegt, um die entstandenen Schäden zu ersetzen. Die fälligen Versicherungssummen in Höhe von insgesamt 225 Mio. Reichsmark wurden zugunsten des Reiches beschlagnahmt, die Betroffenen erhielten hiervon keinen Pfennig. Zur selben Zeit kam es auch zu einem verstärkten Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter, und zwar mehr und mehr im sogenannten »geschlossenen Arbeitseinsatz« und in Zwangsarbeitslagern, die zahlreiche Firmen wie etwa Siemens, AEG, Ehrlich & Graetz sowie andere Firmen der Elektro- und Metallindustrie in Berlin errichten ließen.²⁷

Von ursprünglich 160 000 in Berlin wohnhaften Juden (1933) lebten im Mai 1939 noch etwa 80 000 in der Stadt – die andere Hälfte hatte in der Zwischenzeit das Land verlassen.²⁸ Goebbels' Absicht einer möglichst raschen »Entjudung« der Reichshauptstadt lag jedoch nach wie vor in weiter Ferne.²⁹ Dennoch waren die Berliner Juden Ende 1938 vollkommen isoliert. Nach dem 1. Januar 1939 war ihnen nicht nur jede Gewerbetätigkeit untersagt, vielmehr wurde ihre Drangsalierung und Ausplünderung durch eine Vielzahl von Maßnahmen auf eine perfide Spitze getrieben. Juden mussten sukzessive ihre Pelze abliefern, ebenso Radioapparate, Spinnstoffe, Silbergegenstände und vieles mehr; sie durften keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen und keine Grünanlagen mehr betreten; ihre schmalen Restvermögen waren auf Sperrkonten »sichergestellt«, ihr Telefonanschluss wurde abgestellt³⁰; Juden wurden zugunsten von Parteigrößen brutal aus ihren Wohnungen herausgeworfen³¹ und durften schließlich auch keine Haustiere mehr halten. In dem Maße, in dem die Nationalsozialisten die Emigration für eine nochmalige Ausplünderung der Juden nutzten (mittels der sogenannten »Reichsfluchtsteuer«), bemühten sich viele Familien, dass wenigstens die Jüngeren und vor allem die Kinder Deutschland verlassen konnten.³² Nach dem deutschen Überfall auf Polen und dem Beginn des Weltkrieges

25 Jerzy Tomaszewski: Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938. Osnabrück 2002 (Klio in Polen; 9); Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 58.

26 Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 6: August 1938 – Juni 1939. Bearb. von Jana Richter. München 1998, S. 182 (Eintrag vom 11. November 1938); Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 58f.

27 Dieter Maier: Arbeitseinsatz und Deportation. Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938–1945. Berlin 1994 (Publikationen der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz; 4), S. 85ff.; Diana Schulle: Zwangsarbeit, in: Juden in Berlin 1938–1945, S. 147–156; Wolf Gruner: Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943. Berlin 1997; Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen (Hg.): Zwangsarbeit in Berlin 1938–1945. Berlin 2003; Aubrey Pomerance (Hg.): Jüdische Zwangsarbeiter bei Ehrlich & Graetz, Berlin-Treptow. Berlin 2003.

28 Gruner, Judenverfolgung in Berlin, S. 94f.

29 Zu den weiteren Stationen in Richtung auf die gewaltsamen Deportationen im Herbst 1941 vgl. grundlegend Wolf Gruner: Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1945). Neue Perspektiven und Dokumente, in: Die Deportation der Juden aus Deutschland, S. 21–62.

30 Hartmut Jäckel/Hermann Simon (Hg.): Berliner Juden 1941 – Namen und Schicksale. Das letzte Amtliche Fernsprechbuch der Reichspostdirektion Berlin. Berlin 2007 (Schriftenreihe des Centrum Judaicum; 4).

31 Vgl. Susanne Willems: Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau. Berlin 2002; Maurer, Alltag, S. 350ff.

32 Wolfgang Benz/Claudia Curio/Andrea Hammel (Hg.): Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration. Frankfurt/M. 2003; Claudia Curio: Verfolgung, Flucht, Rettung. Die Kindertransporte 1938/39 nach Großbritannien. Berlin 2006.

wurde die Emigration ungleich schwieriger, bis sie am 23. Oktober 1941 – mit Beginn der großen Deportationen »in den Osten« – auf Anordnung von Reichsführer SS Heinrich Himmler gänzlich verboten wurde.³³ Die Zahl der Berliner Juden, die angesichts dieser Terrorisierung, die alle Lebensbereiche bis ins Kleinste durchdrang, den Freitod als letzten Ausweg sahen, erreichte erschreckende Ausmaße. Von den beinahe 2 000 Juden, die sich zwischen 1933 und 1945 das Leben nahmen und auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee bestattet wurden, entfielen über zehn Prozent auf die Jahre 1938 und 1939. Mit den bevorstehenden Deportationen im Herbst 1941 stieg diese Zahl erneut stark an (254) und erreichte mit 811 Suiziden im Jahre 1942 ihren furchtbaren Höhepunkt.³⁴

2 DER DEUTSCHE ÜBERFALL AUF POLEN, DER ZWEITE WELTKRIEG UND DIE ENTSCHEIDUNG ZUR DEPORTATION DER BERLINER JUDEN

Mit dem Überfall auf Polen entfesselten die Nationalsozialisten am 1. September 1939 nicht nur den Zweiten Weltkrieg; vielmehr markiert dieses Datum auch einen Quantensprung in der Behandlung der Juden. Die neue Qualität der NS-»Judenpolitik« wird evident einerseits durch die ungleich radikaleren und rascheren Eingriffe in sämtliche Lebensbereiche der polnischen Juden – in Deutschland hatten sich die Diskriminierungen in einem mehrere Jahre dauernden Prozess gesteigert. Zweitens waren die demografischen Verhältnisse in der Zweiten Polnischen Republik völlig anders: Im deutsch besetzten Polen befanden sich im Herbst 1939 mindestens 1,7 Mio. polnische Juden.³⁵ Die Besonderheit Polens ist drittens gegeben durch den engen Zusammenhang mit dem Judenmord, dem die totale Entrechtung, Pauperisierung und Gettoisierung der Juden bis Ende 1941 voranging und der namentlich in Polen die meisten Opfer unter den europäischen Juden forderte.

DAS SCHICKSAL DER POLNISCHEN JUDEN IM REICHSGAU WARTHELAND UND DIE ERRICHTUNG DES GETTOS LITZMANNSTADT 1940 BIS HERBST 1941

Der Reichsgau Wartheland, auf dessen Gebiet schon bald das Getto Litzmannstadt errichtet werden sollte, umfasste eine Fläche von knapp 44 000 km² mit anfänglich ca. 4,9 Mio. Einwohnern und gliederte sich in die beinahe gleich großen Regierungsbezirke Posen, Hohensalza und Kalisch (ab dem 3. Mai 1940: Litzmannstadt).³⁶ Die jüdische Bevölkerung zählte vor dem 1. September 1939 etwa 435 000 Personen (8,9 %)³⁷, davon 233 000 allein in Łódź (am 11. April 1940 in Litzmannstadt umbenannt)³⁸ und auch sonst

33 Peter Longerich (Hg.): Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945. München – Zürich ²1990, S. 82; Alfred Gottwaldt/Diana Schulle: Die »Judendeportationen« aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie. Wiesbaden 2005, S. 61f. (Faksimile S. 62).

34 Martin Riesenburger: Das Licht verlöschte nicht. Ein Zeugnis aus der Nacht des Faschismus. Hg. von Andreas Nachama und Hermann Simon. Teetz 2003 (Jüdische Memoiren; 5), S. 76; vgl. Anna Fischer: Erzwungener Freitod. Spuren und Zeugnisse in den Freitod getriebener Juden der Jahre 1938–1945 in Berlin. Berlin 2007.

35 Da die letzte Volkszählung in Polen von 1931 datiert, sind keine verlässlichen Zahlen zu erhalten. Vgl. grundlegend Frank Golczewski: Polen, in: Dimension des Völkermords, S. 411–497, bes. S. 414ff.; Mały Rocznik Statystyczny 1939. Warszawa 1939, S. 22–26.

36 Die Zahl der deutschen Bevölkerung erhöhte sich zwischen Februar 1940 und April 1944 von 367 000 (8 %) auf knapp eine Million (22,8 %). Die Zahl der im Warthegau lebenden Polen verringerte sich im selben Zeitraum von anfänglich 3,97 Mio. Personen (86,2 %) auf 3,33 Mio. (74,9 %). Zu den demografischen Veränderungen in Polen zwischen 1939 und 1945 vgl. Czesław Madajczyk: Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce, 2 Bde. Warszawa 1970, Bd. 1, S. 234–284.

37 Michael Alberti: Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945. Wiesbaden 2006 (Deutsches Historisches Institut Warschau, Quellen und Studien; 17), S. 34.

38 Abraham Melezin: Przyczynek do znajomości stosunków demograficznych wśród ludności żydowskiej w Łodzi, Krakowie i Lublinie podczas okupacji niemieckiej. Łódź 1946, S. 10.

mit deutlichem Schwerpunkt im östlichen Teil des Warthegaus. Insgesamt überlebten schätzungsweise nur knapp 10 000 wartheländische Juden den Holocaust. Von den in der »Polen-Aktion« vom Oktober 1938 sowie von den nach 1939 in den Warthegau deportierten deutschen Juden war nach Kriegsende nur eine verschwindend geringe Zahl noch am Leben.³⁹

Bereits am 21. September 1939 hatte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, den Amtsgruppenchefs ein Programm präsentiert, welches in seinen Kernpunkten die Eingliederung der »ehemaligen deutschen Provinzen« sowie die Schaffung eines »fremdsprachigen Gaus«, des späteren Generalgouvernements, vorsah. In den einzugliedernden Gebieten sollten für Juden in den größeren Städten Gettos errichtet werden, »um eine bessere Kontrollmöglichkeit und Abschubmöglichkeit« zu haben.⁴⁰ In den Planspielen des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) paarten sich im Herbst 1939 vollkommen utopische Machbarkeitsfantasien mit der Zwangsvorstellung, das Reich samt den eingegliederten Ostgebieten möglichst schnell und rücksichtslos »judenfrei« zu machen.⁴¹

Zweifellos muss im Falle der seit Herbst 1939 von den Nazis in Polen verfolgten »Judenpolitik« bereits von einem Vernichtungsprozess gesprochen werden, und zwar vom ersten Tag der Okkupation an. Bereits der Wehrmacht fielen noch im September 1939 viele Juden zum Opfer, mehr noch aber den »Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD«, die hinter der Front Aktivitäten entwickelten, die in ihrer Grausamkeit und Radikalität bislang unbekannt gewesen waren. Insbesondere in der polnischen Historiografie hat sich hierfür der Terminus der »indirekten Vernichtung« (*zagłada pośrednia*) etabliert, der deutlich macht, dass *allen* »Aktionen« der deutschen Okkupationspolitik in Polen stets eine nicht selten erhebliche Zahl jüdischer und nichtjüdischer Polen zum Opfer fiel und dies seitens der Nationalsozialisten auch intendiert war.⁴²

Das tagtägliche Leben bzw. – dies ist der adäquatere Begriff – das *Überleben* der polnischen Juden gestaltete sich von den ersten Okkupationstagen an als in jeder Hinsicht katastrophal. Der Polizeipräsident in Łódź ordnete bereits am 5. Oktober 1939 eine allgemeine Arbeitspflicht für Juden ab dem 14. Lebensjahr an; ab dem 13. Oktober mussten im Reichsgau Wartheland täglich mehrere Tausend Juden Zwangsarbeit leisten.⁴³ Zahllose weitere Verordnungen zementierten den Status der Juden als Parias binnen weniger Wochen. Mit der »Allgemeinen Anordnung über die Sicherung jüdischen Vermögens«⁴⁴ vom 18. November 1939 wurde im Warthegau die schrankenlose Willkür auch gegenüber dem Eigentum von Juden gesetzlich eingeführt. Demnach griffen die zahllosen Ausgrenzungsmechanismen gegenüber den polnischen Juden bereits lange bevor die »Nürnberger Rassengesetze« in den »eingegliederten Ostgebieten« im Mai 1941 offiziell eingeführt wurden.⁴⁵

39 Czesław Łuczak: *Pod niemieckim jarzmem (Kraj Warty 1939–1945)*. Poznań 1996, S. 47f. und 83; Martin Broszat: *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945*. Frankfurt/M. 1965, S. 125.

40 Zit. nach Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik*, S. 21.

41 Geplant war nicht weniger als die Deportation der ca. 600 000 Juden aus den eingegliederten Gebieten ins Generalgouvernement; Gettoisierung der dann zwei Millionen Juden im Generalgouvernement; Deportation aller Juden und »Zigeuner« aus dem Reich; schließlich auch die Deportation aller Polen aus dem Reich.

42 Artur Eisenbach: *Hitlerowska polityka zagłady Żydów*. Warszawa 1961, S. 129ff. und 268ff.; Ruta Sakowska: *Ludzie z dzielnic zamkniętej. Z dziejów Żydów w Warszawie w latach okupacji hitlerowskiej*. Warszawa 21993, S. 28ff. und 193ff.; dies.: *Die zweite Etappe ist der Tod. NS-Ausrottungspolitik gegen die polnischen Juden, gesehen mit den Augen der Opfer*. Berlin 1993 (Publikationen der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz; 3), S. 10ff. und 35ff.; Wolfgang Jacobmeyer: *Der Überfall auf Polen und der neue Charakter des Krieges*, in: Christoph Kleßmann (Hg.): *September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen*. Göttingen 1989, S. 16–37, hier: S. 16.

43 Eisenbach, *Polityka zagłady Żydów*, S. 204.

44 Allgemeine AO über die Sicherung jüdischen Vermögens und anonymer Guthaben und dergl. vom 18. November 1939, in: *Verordnungsblatt des Reichsstatthalters im Reichsgau Wartheland 2 (1940)*, S. 22.

45 VO über die Einführung der Nürnberger Rassengesetze in den eingegliederten Ostgebieten vom 31. Mai 1941 (RGBl. I

In Litzmannstadt wurde die Einrichtung eines Gettos bereits im Dezember 1939 von Regierungspräsident Friedrich Uebelhoer angeordnet⁴⁶: »In der Grossstadt Lodsch leben m. E. heute ca. 320 000 Juden.⁴⁷ Ihre sofortige Evakuierung ist nicht möglich. [...] Die Erstellung des Ghettos ist selbstverständlich nur eine Übergangsmaßnahme. Zu welchen Zeitpunkten und mit welchen Mitteln das Ghetto und damit die Stadt Lodsch von Juden gesäubert wird, behalte ich mir vor. Endziel muß jedenfalls sein, daß wir diese Pestbeule restlos ausbrennen.«⁴⁸ Zunächst war das Getto Litzmannstadt im nördlichen Stadtteil Bałuty, in den ab Februar 1940 alle Juden umziehen mussten, zweifelsfrei als Provisorium und Übergangsmaßnahme geplant. Nach seiner Abriegelung Anfang Mai 1940 befanden sich dort 160 000 Juden. Nachdem kurz zuvor Hermann Göring auf Bitten des Generalgouverneurs Hans Frank sämtliche Deportationen von Juden ins Generalgouvernement vorläufig untersagt hatte, ging man zum Zeitpunkt der Gettoschließung in den beteiligten Dienststellen und Reichsministerien davon aus, dass der Evakuierungsstopp im Laufe des Jahres zumindest für Litzmannstadt wieder aufgehoben und »die Juden noch im Laufe dieses Jahres aus Lodsch evakuiert« würden.⁴⁹

Innerhalb des Gettozauns vermuteten die Nationalsozialisten noch umfangliche Reichtümer. Mit deren Abschöpfen befasste sich neben der Kriminalpolizei vor allem die »Ernährungs- und Wirtschaftsstelle Getto« (im November 1940 in Getto-Verwaltung, GV, umbenannt) unter Leitung des Bremer Kaufmanns Hans Biebow.⁵⁰ Im Sommer 1940 führte man sogar eine eigene Gettowährung ein, um die Juden zur Abgabe versteckter Devisen zu zwingen.⁵¹ Daneben wickelte die Getto-Verwaltung die Lebensmittelversorgung der Insassen zu stark überhöhten Preisen ab, um auch auf diese Weise an im Getto vermutete Wertsachen zu gelangen. Mitte 1940 stellte sich langsam und vereinzelt die Einsicht ein, dass man die Juden nicht so ohne Weiteres nach Madagaskar, ins Generalgouvernement oder an einen anderen Ort würde deportieren können. Daher vermochten sich nun vorübergehend die Befürworter einer rentablen Gettowirtschaft auf der Grundlage jüdischer Zwangsarbeit in Betrieben auf dem Gettogelände sowie in zahlreichen Zwangsarbeitslagern im gesamten Warthegau, vor allem im Raum Posen, durchzusetzen.⁵² Zu diesem

1941, S. 297). Im Reichsgau Wartheland wurde die Verordnung bereits zum 1. Oktober 1940 eingeführt; angewandt wurden die Rassengesetze faktisch seit September 1939.

- 46 Vgl. zum Kontext Alberti, *Verfolgung und Vernichtung*, S. 217–227. Zum Getto Litzmannstadt grundlegend Isaiah Trunk: *Lodzher geto. A historishe un sotsiologishe shtudie mit dokumentn, tabeles un mape*. New York 1962 [engl. *Łódź Ghetto. A History*. Translated and edited by Robert Moses Shapiro. Introduction by Israel Gutman. Bloomington – Indianapolis 2006]; Wolf Jasny: *Di geshikhte fun yidn in lodzh in di yorn fun der daytsher yidn-oysrotung*, 2 Bde. Tel Aviv 1960–1966; Icchak (Henryk) Rubin: *Żydzi w Łodzi pod niemiecką okupacją 1939–1945*. Londyn 1988; Julian Baranowski: *Łódzkie getto 1940–1944. Vademecum*. Łódź 1999.
- 47 Wie bereits erwähnt, betrug die Zahl der in Łódź wohnhaften Juden im Herbst 1939 etwa 233 000. Von ihnen sind diejenigen, die im September 1939 vor der Wehrmacht nach Osten flüchteten, abzuziehen.
- 48 Jüdisches Historisches Institut in Warschau (Hg.): *Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges*. Berlin 1961, S. 78–81; vgl. Longeric (Hg.), *Die Ermordung der europäischen Juden*, S. 59–63; Danuta Dąbrowska: *Zagłada skupisk żydowskich w »Kraju Warty« w okresie okupacji hitlerowskiej*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 1955, Nr. 13–14, S. 122–184.
- 49 BArch, R 58/3518, Bl. 2f.: Vermerk des RMDI über die Besprechungen betr. das Ghetto in Lodsch vom 3. April 1940.
- 50 Peter Klein: *Die »Gettoverwaltung Litzmannstadt« 1940–1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik*. Hamburg 2009.
- 51 Ingo Loose: *Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945*. München 2007 (Studien zur Zeitgeschichte; 75), S. 160–165; ders.: *Die Enteignung der Juden im besetzten Polen 1939–1945*, in: Katharina Stengel (Hg.): *Vor der Vernichtung. Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus*. Frankfurt/M. – New York 2007, S. 283–307, bes. S. 289–291.
- 52 Vgl. Michal Unger: *Jewish Forced Labor in the Lodz Ghetto and its Influence on German Policy*, in: *Fenomen getta łódzkiego 1940–1944. Pod redakcją Pawła Samusia i Wiesława Pusia*. Łódź 2006, S. 169–183; Anna Ziółkowska: *Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej (1941–1943)*. Poznań 2005; dies.: *Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Poznaniu w latach okupacji hitlerowskiej*, in: *Poznańscy Żydzi*. Poznań 2006 (Kronika Miasta Poznania 2006; 3), S. 394–412.

Zeitpunkt jedoch war das Gros der Gettoinsassen bereits so verarmt, dass der insbesondere vom »Judenältesten« Mordechaj Chaim Rumkowski forcierte Umbau des Gettos in einen für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft unverzichtbaren Produktionsbetrieb als die letzte Option erschien, die deutschen Behörden vom »Lebenswert« der Gettobewohner zu überzeugen.⁵³ Dieser Befund trifft cum grano salis auch auf die zahlreichen kleineren Gettos im Warthegau zu – geschlossene, »offene« und »Dorfghettos«⁵⁴, in denen die jüdischen Bewohner bald buchstäblich um ihr Leben schufteten.

DEPORTATIONSPLÄNE ZUR »ENTJUDUNG« BERLINS UND DES GESAMTEN »ALTREICHES«

Die Entkopplung der Gewalt in Polen, die zu Recht als »Auftakt zum Vernichtungskrieg« charakterisiert worden ist⁵⁵, hatte erhebliche Rückwirkungen auf die Lage der Juden im Deutschen Reich, deren rasche Deportation nun in bedrückende Nähe gerückt zu sein schien. Die Besetzung polnischer Territorien beflügelte gleichsam die Vorstellungen der Gauleiter, von Joseph Goebbels in Berlin über Baldur von Schirach in Wien bis hin zu Karl Kaufmann in Hamburg, »ihre« Juden alsbald »in den Osten« abschieben zu können. Die Einrichtung eines »Reservates« für Juden bei Lublin, aber auch die hastige Deportation tschechischer und Wiener Juden an die deutsch-sowjetische Demarkationslinie in Nisko am San im Spätherbst 1939 müssen vor diesem Hintergrund als Vorbereitungen verstanden werden, alle Juden des Reiches (einschließlich Österreich und Reichsprotectorat) dorthin zu deportieren. Da der »Entjudung« der »eingegliederten Ostgebiete« jedoch zunächst Vorrang eingeräumt wurde, stand die Deportation der Juden aus der Reichshauptstadt erst ab Mitte 1940 auf der Agenda und beschäftigte nicht nur Goebbels, sondern in der Folgezeit immer öfter auch Hitler selbst. Am 19. Juli 1940 teilte Goebbels auf einer seiner Ministerkonferenzen mit, »sofort nach Kriegsende sämtliche [...] in Berlin noch lebende Juden innerhalb eines Zeitraumes von höchstens acht Wochen nach Polen schaffen zu lassen. [...] Erst nach Berlin sollen dann die anderen Judenstädte (Breslau usw.) an die Reihe kommen.«⁵⁶ Nun stand fest, dass eine diesbezügliche Grundsatzentscheidung über allen lokalen Interessen der Ostgebiete, namentlich des Reichsgaues Wartheland, stehen würde.⁵⁷ Dass neben Goebbels auch eine Reihe weiterer Gauleiter vehement ihre Ansprüche auf eine möglichst rasche »Entjudung« ihrer Städte anmeldeten, erhöhte den Druck in Richtung auf radikale Entscheidungen Hitlers und des RSHA zusätzlich.

Die Deportationen ins Generalgouvernement im Herbst 1939, aber auch die Verschleppung mehrerer Tausend Juden im Frühjahr 1940 aus Baden ins besetzte Frankreich sowie aus Stettin und Schneidemühl in das Generalgouvernement machten den Nationalsozialisten auch die organisatorischen Probleme deutlich, die sich insbesondere aus den Deportationen »in den Osten« ergaben. Eine Lösung schien erst in Sicht, als sich Hitler im Herbst 1940 zum Überfall auf die Sowjetunion entschloss und das zu erobernde Land auch zur Vertreibung der Juden aus dem »Altreich« genutzt werden sollte. Über eine Besprechung mit Hitler schrieb Goebbels am 24. September 1941 in sein Tagebuch, dass

53 Christopher R. Browning: Nazi Germany's Initial Attempt to Exploit Jewish Labor in the General Government: The Early Jewish Work Camps 1940–1941, in: Helge Grabitz (Hg.): Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Festschrift für Wolfgang Scheffler. Berlin 1994, S. 171–185; vgl. ders.: Die Entfesselung der »Endlösung«. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. München 2003, S. 229–238; ausführlich Alberti, Verfolgung und Vernichtung, S. 228–300.

54 Alberti, Verfolgung und Vernichtung, S. 193ff.

55 Jochen Böhrer: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939. Frankfurt/M. 2006.

56 Willi A. Boelcke (Hg.): Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943. München 1969, S. 105f. (Konferenz vom 19. Juli 1940) und S. 128 (Konferenz vom 6. September 1940).

57 Vgl. Gruner, Reichshauptstadt, S. 244–246.

auch der Führer der Meinung sei, »daß die Juden nach und nach aus ganz Deutschland herausgebracht werden müssen. Die ersten Städte, die nun judenfrei gemacht werden sollen, sind Berlin, Wien und Prag. Berlin kommt als erste an die Reihe, und ich habe die Hoffnung, daß es uns im Laufe dieses Jahres noch gelingt, einen wesentlichen Teil der Berliner Juden nach dem Osten abzutransportieren.«⁵⁸ Bestandteil der weiteren Vorbereitungen war die Einführung des »Judensterns« im September 1941, nachdem die Juden in den besetzten polnischen Gebieten bereits seit Herbst 1939 und polnische (nichtjüdische) Zwangsarbeiter – als erste Gruppe auf dem Gebiet des »Altreiches« überhaupt – seit Frühjahr 1940 der Kennzeichnungspflicht unterlegen hatten.⁵⁹ Die Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 regelte schließlich die systematische Aberkennung der Staatsbürgerschaft sowie der Eigentumsrechte deutscher Juden an ihren Vermögen.⁶⁰ Der Vermögensverfall trat mit ihrer Deportation ein, und zwar auch dann, wenn sie in das Getto Litzmannstadt deportiert wurden, das heißt das Gebiet des Deutschen Reiches formal gar nicht verließen.⁶¹ »Die Juden waren aus allen Berufen gestoßen, ihre Häuser treuhänderisch verwaltet, ihr Geld auf den Banken festgebannt, der Verkehr mit den Nichtjuden hatte fast den Nullpunkt erreicht, in keinem Park oder Garten oder Theater oder Kino oder Bad oder Bahnhof, in keiner Schenke durften sie sich blicken lassen... jetzt sollten sie selbst, ihre leibliche Erscheinung, aus dem Stadtbild verschwinden.«⁶²

Die Synagoge in der Levetzowstraße in Berlin-Tiergarten wurde auf Befehl der Gestapo entweiht und für die von der »Zentralstelle für die jüdische Auswanderung« zur Deportation bestimmten Berliner Juden als ein Durchgangslager missbraucht, in dem jeweils bis zu 1 000 Personen zusammengepfercht wurden.⁶³ Von dort wurden die Juden zum Teil auf Lastwagen, größtenteils jedoch zu Fuß zum Bahnhof Berlin-Grunewald gebracht – Reaktionen der Berliner Bevölkerung sind nicht überliefert⁶⁴ – und von dort in insgesamt vier Personenzügen am 18., 24., 29. Oktober sowie am 1. November 1941 nach Litzmannstadt deportiert.⁶⁵ Im Sommer 1941 hatten noch ca. 70 000 Juden in Berlin gewohnt – von ursprünglich 160 000 Menschen. Nach den Deportationen im Herbst und Winter 1941 lebten noch immer ca. 61 000, Ende 1942 noch 33 000 Juden in der Stadt.⁶⁶

58 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 1: Juli–September 1941. Bearb. von Elke Fröhlich. München 1996, S. 485 (Eintrag vom 24. September 1941).

59 Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I 1941, S. 547).

60 Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (RGBl. I 1941, S. 722). Vgl. zum Nachstehenden Barkai, Vom Boykott zur »Entjudung«, S. 189ff.

61 Vgl. hierzu Alberti, Verfolgung und Vernichtung, S. 397, Anm. 208.

62 Oskar Rosenfeld: Wozu noch Welt. Aufzeichnungen aus dem Getto Lodz. Hg. von Hanno Loewy. Frankfurt/M. 1994, S. 40.

63 Vgl. Hildegard Henschel: Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin 1941–1943, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden 9 (1972) 1/2, S. 33–52, bes. S. 35ff.; Hildegard Henschel war die Ehefrau von Moritz Henschel, des letzten Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Kurt Jakob Ball-Kaduri: Berlin wird judenfrei. Die Juden in Berlin in den Jahren 1942/43, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 22 (1973), S. 196–241, bes. S. 201–203.

64 Ganz im Gegensatz zu anderen Orten, aus denen Juden deportiert wurden. So berichtete der SD aus Luxemburg, dass »zahlreiche katholische Geistliche unter herzlichem Händeschütteln und Tränen den 350 nach dem Ghetto von Litzmannstadt abgeschobenen Juden ein baldiges Wiedersehen gewünscht hätten«; zit. nach Heinz Boberach (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945, 17 Bde. Herrsching 1984, Bd. 8, S. 3001 (Meldung Nr. 238 vom 17. November 1941).

65 Gottwaldt/Schulle, Die »Judendeportationen«, bes. S. 52–83; Klaus Dettmer: Die Deportationen aus Berlin, in: Wolfgang Scheffler/Diana Schulle (Bearb.): Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, Bd. 1. München 2003, S. 191–196; vgl. LAB, B Rep. 058, Nr. 41, Bl. 2–155, hier Bl. 4–7: Überlebendenbericht von Ruth Alton (geb. Ruth Tauber), 1945 (mit späteren Überarbeitungen). Vgl. ferner die Tagebucheinträge von Dietrich Bonhoeffer: Werke, Bd. 16: Konspiration und Haft 1940–1945. Gütersloh 1996, S. 212–217, hier S. 215–217. Eine Übersicht über 122 Deportationstransporte aus Berlin bei Beate Meyer: Deportationen, in: Juden in Berlin 1938–1945, S. 171–178, hier S. 175–178. Die Gesamtzahl der Deportationstransporte, die Berlin zum Ausgangspunkt hatten, betrug dagegen 185.

66 Zu ihrem Schicksal vgl. Gruner, Reichshauptstadt, S. 251ff.; Ball-Kaduri, Berlin wird judenfrei, S. 240f.

1 DIE DEPORTATION DER WESTJUDEN UND DIE ENTSCHEIDUNG ZUM MASSENMORD IM REICHSGAU WARTHELAND

Die Entscheidung Himmlers und Heydrichs vom September 1941, dass der Warthegau bzw. das Getto Litzmannstadt 60 000 Juden aus dem »Altreich« würde aufnehmen müssen, traf die Stadtverwaltung in Litzmannstadt mit Friedrich Uebelhoer als Regierungspräsident und Werner Ventzki als Oberbürgermeister sowie die Getto-Verwaltung unerwartet.¹ Die Proteste Ventzkis und Uebelhoers beim Reichssicherheitshauptamt², aber auch von General Thomas, dem Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, der eine Störung kriegswichtiger Produktion befürchtete³, änderten die Planung nur insoweit, als es Reichsstatthalter und Gauleiter Arthur Greiser in Verhandlungen mit Himmler gelang, die Zahl auf 20 000 zuzüglich 5 000 Roma aus dem Burgenland zu reduzieren.⁴ Dass schließlich nur ein Drittel der ursprünglich vorgesehenen 60 000 Juden nach Litzmannstadt deportiert wurde, führte Anfang Oktober 1941 zur Auswahl weiterer Deportationsorte durch Hitler persönlich. Namentlich waren dies Minsk, Kowno (Reval) und Riga, wo noch im Herbst 1941 6 000 deutsche Juden, darunter ca. 1 030 aus Berlin, sofort nach ihrer Ankunft ermordet wurden.⁵ Einige Monate später kamen als weitere Deportationsorte das Getto Theresienstadt und seit Ende November 1942 das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau hinzu.⁶

In der Forschung ist nach wie vor ungeklärt, wie die beiden parallel verlaufenden Prozesse, einerseits die Deportation aller Juden aus dem »Altreich«, der »Ostmark« und dem »Reichsprotektorat Böhmen und Mähren« »in den Osten«, andererseits die Entscheidung zu einer systematischen Ermordung aller im deutschen Herrschaftsbereich lebenden Juden, miteinander in Beziehung stehen. Dass die im Herbst 1941 nach Litzmannstadt deportier-

1 Michael Alberti: Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945. Wiesbaden 2006 (Deutsches Historisches Institut Warschau, Quellen und Studien; 17), S. 385ff.

2 APf, GV, Nr. 29183, Bl. 103–115: Der Oberbürgermeister von Litzmannstadt, Getto-Verwaltung (gez. Ventzki) an Regierungspräsidenten in Litzmannstadt vom 24. September 1941 betr. Einweisung von 20 000 Juden und 5 000 Zigeunern in das Getto Litzmannstadt.

3 BAArch, NS 19/2655, Bl. 44f.: Oberkommando der Wehrmacht, Der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes (gez. Thomas), an Reichsführer SS vom 11. Oktober 1941 betr. Störung kriegswichtiger Fertigung für Bekleidung und Ausrüstung im Ghetto Litzmannstadt durch Einweisung von 20 000 Juden und 5 000 Zigeunern.

4 Florian Freund: Die Vorgeschichte der Deportation österreichischer »Zigeuner« in das Ghetto in Łódź, in: Fenomen getta łódzkiego 1940–1944. Pod redakcją Pawła Samusia i Wiesława Pusia. Łódź 2006, S. 297–308.

5 Zu ihrem Schicksal vgl. Peter Klein: Die Erlaubnis zum grenzenlosen Massenmord – Das Schicksal der Berliner Juden und die Rolle der Einsatzgruppen bei dem Versuch, Juden als Partisanen »auszurotten«, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität. Hg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. München 1999, S. 923–947, bes. S. 931ff.; Christian Gerlach: Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: Werkstatt Geschichte 18 (1997), S. 7–44, bes. S. 12ff.; Peter Longerich: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. München – Zürich 1998, S. 449. Bis Februar 1942 wurden in die genannten Städte insgesamt 30 000 Juden aus dem Reich deportiert, ein großer Teil von ihnen wurde vor Ort sofort ermordet. Avraham Barkai: »Zwischen Ost und West«. Deutsche Juden im Ghetto Lodz, in: ders.: Hoffnung und Untergang. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Hamburg 1998 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; 36), S. 225–273 [EA: Between East and West. Jews from Germany in the Lodz Ghetto, in: Yad Vashem Studies 16 (1984), S. 271–332], hier S. 258.

6 Vgl. Wolf Gruner: Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1945). Neue Perspektiven und Dokumente, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945. Göttingen 2004 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus; 20), S. 21–62, hier S. 51f.

ten Juden von vornherein ermordet werden sollten, lässt sich aus den Akten bislang nicht zweifelsfrei nachweisen.⁷

Allerdings war Reichsstatthalter Greiser in den Sommermonaten 1941 alles andere als untätig geblieben. Die Ermordung der »arbeitsunfähigen« Juden im Warthegau ging auf seine Initiative zurück, nicht auf einen Befehl aus Berlin.⁸ Möglicherweise sind die Transporte aus dem »Altreich«, Luxemburg, dem Protektorat und der »Ostmark« nach Litzmannstadt sogar ein zentraler Schlüssel zur Rekonstruktion der Entscheidungsfindung zum systematischen Massenmord an den europäischen Juden insgesamt. Eines der frühesten Dokumente, in denen der Massenmord an Juden im Warthegau explizit ins Kalkül gezogen wird, ist das viel zitierte Schreiben des Leiters des SD-Abschnittes Posen, Rolf-Heinz Höppner, an Adolf Eichmann vom 16. Juli 1941:

»Lieber Kamerad Eichmann. [...] In der Anlage übersende ich einen Aktenvermerk, in dem verschiedene Besprechungen in der hiesigen Reichsstatthalterei zusammengefasst sind. [...] Die Dinge klingen teilweise phantastisch, wären aber meiner Ansicht nach durchaus durchzuführen. [...] Es besteht in diesem Winter die Gefahr, daß die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen.«⁹

Vorausgegangen war ein Briefwechsel der Gettoverwaltung mit dem Gesundheitsamt, nachdem sich gezeigt hatte, dass bei den seinerzeit den jüdischen Gettobewohnern zugebilligten Lebensmittelkontingenten eine sehr hohe Sterblichkeit unausweichlich sein würde.¹⁰ Die in Höppners Schreiben erwähnten »Besprechungen« fanden auf Initiative und unter Beteiligung Greisers statt, der sich jedoch noch nicht abschließend festgelegt hatte. Bekanntlich wurde in den folgenden Wochen und Monaten ein »schnellwirkendes Mittel« gefunden, worüber nicht vergessen werden sollte, dass zu jenem Zeitpunkt bereits viele Tausend Juden im Getto Litzmannstadt sowie in den zahlreichen anderen Gettos im Warthegau durch Hunger, Seuchen und durch Mord zu Tode gekommen waren.

Es spricht vieles dafür, dass Greiser sich im Sommer 1941 bei Hitler bzw. Himmler um die Erlaubnis dafür bemühte, in einer Art regionaler »Endlösung der Judenfrage« im Reichsgau Wartheland 100 000 Juden ermorden zu dürfen. Himmler selbst hatte das Getto Litzmannstadt am 6. Juni 1941 besichtigt. Vielleicht waren es nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 auch die Massenmorde der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD an den sowjetischen Juden, die Greiser vermuten ließen, mit seinem Vorschlag bei Hitler, Himmler und Heydrich auf Wohlwollen zu stoßen.¹¹ Nicht zufällig begründete Himmler seine Ankündigung vom 18. September 1941, das Getto

7 Vgl. hierzu Peter Klein: Die Rolle der Vernichtungslager Kulmhof (Chełmno), Belzec (Bełżec) und Auschwitz-Birkenau in den frühen Deportationsvorbereitungen, in: Dittmar Dahlmann/Gerhard Hirschfeld (Hg.): Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933–1945. Essen 1999 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N. F.; 10), S. 459–481; Christopher R. Browning: Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter. Frankfurt/M. 2001, S. 47–92, bes. S. 60ff.

8 Vgl. auch Alberti, Verfolgung und Vernichtung, S. 400ff.

9 BArch, R 58/954, Bl. 189–191: Aktenvermerk des Leiters des SD-Abschnitts Posen, Höppner, betr. Lösung der Judenfrage mit Anschreiben an Adolf Eichmann vom 16. Juli 1941.

10 APŁ, GV, Nr. 29188, Bl. 1: Gettoverwaltung an das Gesundheitsamt, z. Hd. des Obermedizinalrates Dr. Nieberding, vom 7. Mai 1941 betr. Kalorienberechnung für die Judengemeinschaft im Getto; vgl. ebd. Bl. 2–4.

11 Vgl. hierzu grundlegend Ian Kershaw: Improvised Genocide? The Emergence of the »Final Solution« in the Warthegau, in: Transactions of the Royal Historical Society, 6th Series, 2 (1992), S. 51–78; Julian Baranowski: Likwidacja Żydów z getta łódzkiego w obozie zagłady w Chełmnie nad Nerem, in: Ośrodek zagłady Żydów w Chełmnie nad Nerem w świetle najnowszych badań. Materiały z sesji naukowej. Konin 2004, S. 3–8, hier S. 4f.

Litzmannstadt habe demnächst mit der Einsiedlung von 60 000 Juden zu rechnen, damit, dass es »an Raum aufnahmefähig« sei.¹² In einem späteren Schreiben Greisers an Himmler vom Mai 1942 erwähnte der Gauleiter ganz explizit die im Einvernehmen mit Heydrich »genehmigte Aktion der Sonderbehandlung von rund 100 000 Juden in meinem Gaugebiet«, was beweist, dass der Judenmord im Wartheland in der Tat ursprünglich auf Greisers eigene Bemühungen zurückging.¹³ Die Erlaubnis zur Ermordung von 100 000 wartheländischen Juden war also gewissermaßen ein vorweggenommenes Entgegenkommen oder diente zumindest in Berlin als Argument für die anschließende Deportation deutscher Juden ins Getto Litzmannstadt.

Im Unterschied zu den Vernichtungslagern der »Aktion Reinhard« (Treblinka, Bełżec, Sobibór) im Generalgouvernement, von denen Bełżec seit Anfang November 1941 im Bau war, griff man im Warthegau auf die ebenso von den Einsatzgruppen hinter der Ostfront verwendeten Gaswagen zurück. Mit dieser Mordtechnik hatte man im Warthegau zuvor schon Erfahrungen gesammelt: Bereits im Winter 1939/40 und im Sommer 1941 waren im Rahmen der sogenannten »Euthanasie-Aktion«, allerdings ausschließlich mit Personal der wartheländischen Sicherheitspolizei, Patienten psychiatrischer Anstalten mit Gaswagen ermordet worden.¹⁴ Somit verfügte der Warthegau mit den Gaswagen des SS-Sonderkommandos unter Leitung von SS-Hauptsturmführer Herbert Lange im Sommer bzw. Herbst 1941 bereits über Personal mit eineinhalbjähriger Erfahrung – soviel wie in keinem anderen besetzten Gebiet. Während die »Euthanasie-Aktion« im »Altreich« nicht unbemerkt geblieben war, war der Massenmord an wartheländischen Anstaltsinsassen praktisch reibungslos verlaufen. Anders gesagt: Der Holocaust würde sich im Warthegau effizient durchführen lassen und auf keine größeren Schwierigkeiten bei der Geheimhaltung stoßen.

Für die Perspektive Greisers und der Litzmannstädter Stadtverwaltung waren somit bei den Deportationen in das Getto Litzmannstadt im Oktober und November 1941 vor allem drei Aspekte wesentlich: Einerseits drohten die Westjuden das Gleichgewicht im Getto empfindlich zu stören; zweitens liefen die Deportationen der zuvor bereits bestehenden Tötungsintention Greisers und der Erlaubnis, die er aus Berlin bereits erhalten hatte, zuwider.¹⁵ Drittens war das Getto Litzmannstadt seit seiner Abschließung ein erhebliches Zuschussgeschäft gewesen. Erstmals seit Bestehen des Gettos gelang es im September 1941, dass die Einnahmen aus Spenden und Löhnen bzw. Verkaufserlösen aus der Produktion die Ausgaben für die Ernährung der im Getto lebenden Juden überstieg, mithin der wirtschaftliche Durchbruch erreicht war.¹⁶ Im August 1941 flossen dem Getto Lohnzahlungen über 1,85 Mio. RM sowie weitere 650 000 RM zu, die aus »Auslandsspenden, Barzahlungen des Ältesten der Juden, Verkauf aus beschlagnahmten Waren und aus dem Umsatz von

12 BArch, NS 19/2655, Bl. 3: Reichsführer SS an Gauleiter SS-Gruppenführer Greiser vom 18. September 1941. Vgl. aber auch zur Rolle des Höheren SS- und Polizeiführers in Posen, Wilhelm Koppe, bei der Wahl von Litzmannstadt als Deportationsort Alberti, *Verfolgung und Vernichtung*, S. 386ff.

13 Vgl. *Położenie ludności polskiej w tzw. Kraju Warty w okresie hitlerowskiej okupacji*. Poznań 1990, S. 40–46, hier S. 43. Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 451f.; Alberti, *Verfolgung und Vernichtung*, S. 404f.

14 Bis September 1941 war das Personal der »Euthanasie-Aktion« am Krankenmord im Reichsgau Wartheland nicht beteiligt; Alberti, *Verfolgung und Vernichtung*, S. 333ff.; Volker Rieß: *Die Anfänge der Vernichtung des »lebensunwerten Lebens« in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/40*. Frankfurt/M. usw. 1995; Eugen Kogon et al. (Hg.): *Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation*. Frankfurt/M. 1986, S. 62–65; vgl. Longerich, *Politik der Vernichtung*, S. 442f.

15 Alberti, *Verfolgung und Vernichtung*, S. 399–402; Peter Klein: *Die »Gettoverwaltung Litzmannstadt« 1940–1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik*. Hamburg 2009.

16 Dies erfolgte überwiegend durch die Steigerung des Arbeiteranteils an der Gettobevölkerung und durch verlängerte Arbeitszeiten. Vgl. Baranowski, *Likwidacja Żydów z getta łódzkiego w obozie zagłady w Chelmie nad Nerem*, S. 7; Iczhak (Henryk) Rubin: *Żydzi w Łodzi pod niemiecką okupacją 1939–1945*. Londyn 1988, S. 445–451.

Waren, die aus noch im Getto befindlichen Rohstoffen selbst gefertigt wurden«, stammten.¹⁷ Über 90 Prozent der Fertigung waren dabei für die Wehrmacht bestimmt, jedoch ließen auch Privatfirmen wie Josef Neckermann, das Hamburger Alsterhaus, Heinrich Leineweber und andere namhafte Firmen im Getto für sich produzieren und nahmen damit an der Ausbeutung der Juden aktiv teil.¹⁸ Hätte der »Judenälteste« Rumkowski mit seiner Einschätzung Recht gehabt, dass die Nationalsozialisten rationalen Argumenten zugunsten eines Fortbestandes des Gettos zugänglich seien, wäre das Getto samt seiner Bewohner nun einigermaßen sicher gewesen. Letztlich erwies sich dies jedoch als ein fataler Irrtum, der Rumkowski aber kaum angelastet werden kann – immerhin bestand das Getto Litzmannstadt deutlich länger als jedes andere vergleichbare Getto im besetzten Polen.¹⁹

Auch wenn also die Entscheidung zum Mord an mindestens 100 000 Juden im Warthegau bereits vor der Ankunft der Westjuden im Getto gefallen war – 3 500 Juden aus Konin waren bereits im September/Oktober 1941 vom »Sonderkommando Lange« ermordet worden –, schuf eben die Deportation von 20 000 Juden aus dem Reichsgebiet sowie von 5 000 Roma²⁰ eine Situation, in der die regionalen Behörden mit Greiser an der Spitze nur um so stärker darauf drängten, sich generell der »arbeitsunfähigen« Juden im Warthegau mittels ihrer Ermordung »entledigen« zu dürfen.

2 DIE ANKUNFT DER WESTJUDEN IM GETTO LITZMANNSTADT IM HERBST 1941

Die vier Transporte aus Berlin waren Teil von insgesamt 20 Transporten, die auch aus Wien (fünf Transporte), Prag (5), Luxemburg (1), Frankfurt am Main (1), Köln (2), Hamburg (1) und Düsseldorf (1) in Litzmannstadt eintrafen. Einschließlich der bereits genannten »Einsiedlung« von 5 000 Roma aus dem Burgenland Anfang November 1941 übertraf das Getto somit den Bevölkerungsstand vom April 1940 (etwa 160 000 Menschen) um einige Tausend. Dies sorgte für eine unvorstellbare Enge, bei der sich stets mehrere Personen ein Zimmer teilen mussten; auf jede Person kam nun durchschnittlich ein Wohnraum von drei Quadratmetern. Darüber hinaus waren die Häuser im Getto – vor 1939 war Bałuty der ärmste Stadtteil von Łódź gewesen – in einem außerordentlich schlechten Zustand, es gab keine Kanalisation und fließendes Wasser – wenn überhaupt – nur im Hof.²¹

17 Vgl. APŁ, GV, Nr. 29245, Bl. 315–317: Monatsbericht der Gettoverwaltung für den Monat August 1941 (gez. Biebow) vom 3. September 1941; Alberti, Verfolgung und Vernichtung, S. 394, 452ff.

18 Peter Klein: Zwangsarbeit im Ghetto Lodz. Die Wehrmacht als Auftraggeber, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 11 (2003) 1, S. 23–28; Vgl. Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz (Hg.): Spuren aus dem Getto Łódź 1940–1944. Dokumente der Sammlung Wolfgang Haney. Berlin 1999, S. 58–67.

19 Leon Zelman: Ein Leben nach dem Überleben. Aufgezeichnet von Armin Thurnher. Wien 1995, S. 50f.; Michal Unger: Reassessment of the Image of Mordechai Chaim Rumkowski. Jerusalem 2004 (Search and Research – Lectures and Papers; 6); Joanna Podolska: Nie w naszej mocy przebaczać. Chaim Mordechaj Rumkowski, Przełożony Starszeństwa Żydów w łódzkim getcie, in: Fenomen getta łódzkiego, S. 205–234; Dan Diner: Die Perspektive des »Judenrats«. Zur universellen Bedeutung einer partikularen Erfahrung, in: Doron Kiesel et al. (Hg.): »Wer zum Leben, wer zum Tod...« Strategien jüdischen Überlebens im Ghetto. Frankfurt/M. – New York 1992, S. 11–35.

20 Zum Schicksal der Roma – von den 5 000 Deportierten waren über 2 600 Kinder – im Getto Litzmannstadt sowie zu ihrer Ermordung in Kulmhof ab Januar 1942 vgl. Julian Baranowski: Zigeunerlager in Litzmannstadt 1941–1942. The Gypsy Camp in Łódź. Obóz cygański w Łodzi. Łódź 2003; Jerzy Ficowski: Cyganie na polskich drogach. Kraków–Wrocław 31986, S. 129–137.

21 Danuta Dąbrowska: Wysiedleni Żydzi Zachodnioeuropejscy w getcie łódzkim, in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego 65–66 (1968), S. 105–139, hier S. 110; Barkai, »Zwischen Ost und West«, S. 229. Zum Alltag im Getto vgl. grundlegend Michal Unger (Hg.): The Last Ghetto. Life in the Lodz Ghetto 1940–1944. Ha-geto ha-akharon. Ha-khaym ba-geto lodzh 1940–1944. Jerusalem ³1997.

Man entschied sich dafür, dass eine Unterbringung von 20 000 zusätzlichen Bewohnern – davon 60 Prozent Frauen – im Getto nur in geschlossenen Gruppen erfolgen könne, und so wurden die Westjuden größtenteils in einzelnen, nach den jeweiligen Transporten benannten Kollektiven untergebracht. Zu diesem Zweck hatte man noch im Oktober die Schulen im Getto geschlossen, um den Platz den Neuankömmlingen zuweisen zu können. Dass die geschlossenen Kollektive – Wien I, Berlin II, Prag III etc. –, in denen die Westjuden zunächst einquartiert wurden, der Isolation dienten, wie viele Gettoinsassen vermuteten, ist wenig wahrscheinlich; es waren Platz- und Kostengründe, die dafür sprachen. Allerdings wurden die Kollektive in der Tat »Nester des Elends und zahlloser Krankheiten.«²² Gegen eine Isolationsabsicht spricht der Umstand, dass die Unterbringung und Ernährung dieser großen Zahl von Neuankömmlingen anders kaum möglich gewesen wären, aber auch die – wenngleich erfolglosen – Versuche Rumkowskis, im Laufe der Zeit zumindest einen Teil der Kollektive aufzulösen und die Westjuden stärker in die Gettogesellschaft zu integrieren. Im Übrigen sollte die geschlossene Unterbringung auch ein wenig über den anfänglichen Schock hinweghelfen, den das Getto für die Westjuden zweifellos darstellte. Darüber hinaus wurde Ende November eine »Abteilung für die Eingesiedelten« geschaffen, die sich um deren spezifische Belange kümmern sollte.²³

Unter den Transporten aus dem Westen gab es signifikante Unterschiede, die sich stark auf die Überlebenschancen im Getto auswirkten: Die aus Prag Deportierten waren überdurchschnittlich jung – ihr Altersdurchschnitt lag sogar noch unter dem des Gettos. Besonders die Juden aus Berlin waren dagegen vergleichsweise alt: Beinahe 60 Prozent von ihnen waren älter als 60 Jahre (im Getto durchschnittlich 7,5 %), 34 Prozent sogar über 70 Jahre. Ähnliche Zahlen gelten für die Transporte aus Düsseldorf und Köln, wohingegen die aus Hamburg Deportierten deutlich jünger waren und darin den aus Prag Deportierten ähnelten.²⁴ Diese Unterschiede begannen sich nur wenige Wochen später in der Kranken- und Sterbestatistik des Gettos unübersehbar niederzuschlagen und sind ansatzweise auch an der Zahl der Überlebenden abzulesen.²⁵ Aus den vier Berliner Transporten überlebten mindestens 23 namentlich bekannte Personen, aus den fünf Prager Transporten dagegen 277 Personen.²⁶

Mit den Prager Transporten gelangte auch eine Reihe von reichsdeutschen Juden ins Getto, die in den Dreißigerjahren vor der nationalsozialistischen Verfolgung nach Österreich, später in die Tschechoslowakei, besonders nach Prag, geflüchtet waren: »Es gab darunter Menschen, die bereits dreimal emigriert waren – von Berlin nach Wien, von Wien nach dem Sudetengebiet, vom Sudetengebiet nach Prag –, jedesmal von neuem ein Leben begonnen hatten mit der stillen Hoffnung, endlich Ruhe zu finden und mit

22 Janusz Gumkowski/Adam Rutkowski/Arnfrid Astel (Hg.): Briefe aus Litzmannstadt. Köln 1967, S. 68; vgl. Oskar Singer: »Im Eilschritt durch den Gettetotag...« Reportagen und Essays aus dem Getto Lodz. Hg. von Sascha Feuchert et al. Berlin – Wien 2002 (Schriftenreihe zur Lodzer Getto-Chronik; 1).

23 Barkai, »Zwischen Ost und West«, S. 237f., 240–242. Andrea Löw: Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten. Göttingen 2006, S. 247f. Vgl. aber auch die Kritik von Oskar Singer, »Im Eilschritt durch den Gettetotag...«, S. 193f.: »Die Kollektivgeschöpfe hatten keinen Begriff mehr von Häuslichkeit, geschweige denn von einem Familienleben. Alle niedrigen Instinkte im Menschen wurden da geweckt. [...] Was musste da aus diesen Menschen werden? Jüdische Adlige bestimmt nicht. Verlotterte, elende Schattengestalten, die nur einen Wunsch hatten: Aus dieser Hölle hinaus!«

24 Barkai, »Zwischen Ost und West«, S. 232f.; Dąbrowska, Wsiedleni Żydzi Zachodnioeuropejscy w getcie łódzkim, S. 109f.

25 Vgl. APŁ, PSŻ, Nr. 1103, Bl. 64–66: Art. »Familienleben« der Getto-Enzyklopädie; Dąbrowska, Wsiedleni Żydzi Zachodnioeuropejscy w getcie łódzkim, S. 125f.; vgl. Raul Hilberg: Rettung und Kollaboration – der Fall Lodz, in: »Wer zum Leben, wer zum Tod...«, S. 67.

26 Zu den aus Prag Deportierten vgl. Richard Seemann: Ghetto Litzmannstadt. Dokumenty a výpovědi o životě českých židů v lodžském ghettu. Praha 2000 (mit vollständigen Deportierten- und Überlebendenlisten).

dem bescheidensten Winkel zufrieden.«²⁷ ›Berliner Juden‹ waren dementsprechend nicht mit den aus Berlin Deportierten identisch, was am Beispiel der 122 Emdener Juden, die dem zweiten Berliner Transport angeschlossen wurden, besonders augenfällig ist.²⁸ Mit dem ersten Berliner Transport vom 18. Oktober 1941 gelangten 1 091 Personen ins Getto, der zweite Transport am 24. Oktober umfasste 1 053 Menschen, der dritte Transport am 29. Oktober 1 034 und der vierte Transport vom 1. November 1941 1 029 Menschen; drei Kinder Berliner Deportierter kamen erst im Getto zur Welt, sodass die Namensliste im vorliegenden Band insgesamt 4 210 Personen verzeichnet. Die Zahlen der einzelnen Transporte stimmen in keinem einzigen Fall mit den »offiziell« erwähnten überein, sondern liegen in der Regel darüber. Der Grund hierfür könnte sein, dass »arische« Ehepartner mitgingen bzw. Personen, die sich nicht von ihren Partnern, Eltern usw. trennen wollten. Zumindest beim ersten Transport wurden darüber hinaus Kleinstkinder nicht auf der Transportliste erfasst.

Der prominenteste Berliner unter den nach Litzmannstadt deportierten Westjuden war neben Rabbiner Dr. Ernst Beer (1881 – September 1942) und Sanitätsrat Dr. Ernst Sandheim (1867 – 10. Dezember 1941)²⁹ zweifellos der Berliner Krebsforscher Prof. Wilhelm Caspari (1872 – Januar 1944), der in Litzmannstadt einen privilegierten Status genoss und seine Forschungen im Getto zum Teil fortführen konnte.³⁰ Er selbst kam mit einem Transport aus Frankfurt am Main ins Getto und ist dementsprechend in der untenstehenden Liste nicht aufgeführt.

Die Westjuden und insbesondere die Juden, die mit den Transporten aus Berlin in das Getto gelangten, gerieten in gleich zweifacher Weise in einen kaum zu lösenden Konflikt mit den Gegebenheiten, die das Gettoleben ihnen aufzwang. Mit seinem kurz vor den Deportationen endlich zum Erfolg gelangten Produktivierungsprogramm glaubte Rumkowski einerseits eine Methode entwickelt zu haben, die Nationalsozialisten von der Existenzberechtigung der Juden überzeugt zu haben: »Unser einziger Weg ist Arbeit« lautete die vielfach variierte Losung, an deren Umsetzung und Ausbau im Herbst 1941 fieberhaft gearbeitet wurde – bis hin zu einer geplanten Zerteilung des Gettos in ein Wohn- und ein Arbeitsgetto – ähnlich dem Warschauer Getto. An der absoluten Priorität von Arbeit zugunsten der Wehrmacht und anderer Auftraggeber konnten auch die 4,5 Millionen Reichsmark, die das Getto an individuellen »Unterstützungszahlungen« aus dem »Altreich« 1942 noch erhielt, nichts Grundlegendes ändern. Es war daher vollkommen unvermeidbar, dass die überwiegend älteren Deportierten den an ihre Arbeitsleistung gestellten Erwartungen nicht gerecht werden konnten.

Hinzu kamen soziale und kulturelle Differenzen zwischen den polnischen Juden und den Westjuden. Nicht nur waren die polnischen Juden bereits seit eineinhalb Jahren im Getto und an katastrophale Zustände »gewöhnt«, wie sie die reichsdeutschen Juden ungeachtet der Schwere ihrer Existenz bis 1941 nie zuvor erlebt hatten. Daneben standen

27 Oskar Rosenfeld: Wozu noch Welt. Aufzeichnungen aus dem Getto Lodz. Hg. von Hanno Loewy. Frankfurt/M. 1994, S. 40.

28 Im Februar 1941 war das Jüdische Altenheim in Emden von der Hitlerjugend beschlagnahmt worden und die Bezirksstelle Hannover der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland hatte sich vergeblich bemüht, die 120 Bewohner in anderen Jüdischen Gemeinden unterzubringen. Von den 122 nach Litzmannstadt deportierten Juden aus Emden starb der letzte am 6. September 1942. Vgl. Żydowski Instytut Historyczny (ŻIH), 112/21c: Korrespondenz betr. Jüdisches Altersheim in Emden.

29 Kronika getta łódzkiego, tom 1: Styczeń 1941 – maj 1942. Łódź 1965, S. 311 (13. Dezember 1941); Sascha Feuchert/ Erwin Leibfried/Jörg Riecke (Hg.): Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt, 1941. Göttingen 2007, S. 300.

30 Vgl. APŁ, PSŻ, Nr. 1103, Bl. 26f.: Art. »Caspari Wilhelm, Professor« (Oskar Rosenfeld) der Getto-Enzyklopädie; Andrzej Kempa/Marek Szukalak: Żydzi dawnej Łodzi. Słownik biograficzny, tom IV. Łódź 2004, S. 32f.; Löw, Juden im Getto Litzmannstadt, S. 256.

unterschiedliche Mentalitäten, religiöse Unterschiede und nicht zuletzt auch die Sprachbarrieren (Deutsch, Jiddisch, Polnisch) zwischen den Neuankömmlingen und der Mehrheit der Gettobevölkerung.

Aber auch für den »Ältesten der Juden« Rumkowski handelte es sich um eine neue Situation, in der er in erster Linie daran interessiert sein musste, sich weiterhin des Rückhalts der bereits im Getto lebenden ca. 144 000 Menschen zu versichern und seine Maßnahmen gegenüber den Neuankömmlingen, deren Ankunft auf Seiten der polnischen Juden von einer Reihe von Vorurteilen begleitet war, darauf abzustimmen. Besonders deutlich wurde dies wohl an der Kommentierung der »Einsiedlung« der 5 000 Roma, die in einem eigenen, vom übrigen Getto abgesperrten Bereich untergebracht wurden und die von Rumkowski ebenso energisch abgelehnt wurden wie seitens der deutschen Gettoverwaltung.³¹ Zudem musste er – wie dies etwa der Tagebuchschreiber Jakub Poznański Mitte Oktober 1941 vermutete – um seine Position an der Spitze der Zwangsgemeinschaft fürchten.³²

Andererseits hatte Rumkowski wohl auch einige Hoffnung mit dem Zuwachs aus dem Reich verbunden. Die Neuankömmlinge waren beruflich überdurchschnittlich gut ausgebildet, was der »Judenälteste« zum Nutzen des Gettos gut hätte brauchen können.³³ In einer Ansprache an die kurz zuvor eingetroffenen Westjuden unterstrich Rumkowski am 1. November 1941: »Ihr wisst, dass zwischen Euch und uns [sc. den polnischen Juden] immer eine große Distanz bestand. Heute ist diese Distanz für uns nicht mehr aktuell. Zwischen uns gibt es keine Unterschiede! Alle sind wir schließlich Brüder, verbunden durch ein gemeinsames Unglück. Ich weiß um das Ausmaß Eurer Trauer nach dem Verlust von allem und der Vertreibung aus der Heimat.« Allerdings wies Rumkowski sogleich auch darauf hin, dass die Neuankömmlinge sich den alteingesessenen Gettobewohnern würden anpassen müssen, nicht umgekehrt.³⁴

Worum es aber im Getto wirklich ging und gehen musste, brachte Oskar Singer in seinen Aufzeichnungen »Zum Problem Ost und West« auf den Punkt: »Nein, zum Organisieren brauchte der Präses keine deutschen Juden. Nur zur Arbeit brauchte er frische Kräfte, und diese Kräfte wollten nicht recht heran. [...] Der Herr Rechtsanwalt aus Frankfurt oder der Herr Bankdirektor aus Berlin konnte nicht recht aus Überzeugung sich vor den schweren Gemüsewagen spannen.«³⁵ Dementsprechend änderte bzw. differenzierte sich bald auch der Tonfall Rumkowskis gegenüber den Westjuden, von denen einzig die Juden aus den Prager Transporten seine Zustimmung fanden. Lobende Worte der ersten Tage wichen bereits ab Mitte November Drohungen Rumkowskis, die Neuankömmlinge sollten sich in verstärktem Maße zum Arbeitseinsatz melden und sich vor allem nicht über die alltäglichen Arbeiten im Getto erhaben fühlen: »Deutsche Juden. Macht euch bewusst, dass ich einen solchen Zustand nicht dulden werde. Wer nicht arbeiten will, wird kein Essen bekommen. [...] Ich muss bemerken, dass einzig die Transporte aus Prag

31 APL, GV, Nr. 29183, Bl. 103–115: Der Oberbürgermeister von Litzmannstadt, Getto-Verwaltung (gez. Ventzki) an Regierungspräsidenten in Litzmannstadt vom 24. September 1941 betr. Einweisung von 20 000 Juden und 5 000 Zigeunern in das Getto Litzmannstadt; APL, PSZ, Nr. 1090, Bl. 36–48, hier Bl. 45: »Po bratersku podzielimy się z Wami dachem i chlebem« (Wielka mowa do nowej ludności.), 1. listopada 1941 r.: Przemówienie P. Prezesa do wychodźców z Niemiec, Czech i Luksemburga.

32 Jakub Poznański: Dziennik z łódzkiego getta. Warszawa 2002, S. 12.

33 Singer, »Im Eilschritt durch den Gettetag...«, S. 182.

34 APL, PSZ, Nr. 1090, Bl. 36–48, hier Bl. 45f.: »Po bratersku podzielimy się z Wami dachem i chlebem«.

35 Singer, »Im Eilschritt durch den Gettetag...«, S. 189. Die Gettochronik vermerkt, dass sich unter den 20 000 neuen Gettobewohnern allein ca. 500 Juristen befanden. Kronika getta łódzkiego, tom 1, S. 287 (Tageschronik vom 2. Dezember 1941); Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt, 1941, S. 280. Zu Singer vgl. Sascha Feuchert: Oskar Rosenfeld und Oskar Singer – zwei Autoren im Archiv des »Judenältesten von Lodz«, in: Fenomen getta łódzkiego, S. 327–333.

das nötige Verständnis für ihre Pflichten mitbringen. Die Arroganz der Berliner dagegen kennt keine Grenzen.«³⁶

Angesichts des hohen Alters namentlich der Juden aus den Berliner Transporten sind solche drastischen Formulierungen wohl nur mit der Verärgerung Rumkowskis zu erklären, als dieser seine Pläne, ein »Arbeitsgetto« zu schaffen und dadurch wenigstens den »Arbeitsfähigen« ein Überleben wahrscheinlicher zu machen, durch die 20 000 neuen Gettobewohner gefährdet sah. Der Repräsentant der Berliner Juden, Dr. Fischer, betonte Anfang Februar 1942 neben seiner Dankbarkeit in besonderer Weise, dass die »Berliner, die gewöhnt seien an das Tempo der Großstadt, stolz seien auf die Ergebnisse der Arbeit des ›Präses‹. [...] Unter den Berlinern ist eine sehr große Zahl von Fachleuten, die sich [stets] um Arbeit zum Nutzen des Gettos bemüht.«³⁷ Zu diesem Zeitpunkt jedoch hatte die Realität diese Worte bereits eingeholt und zu Leerformeln werden lassen: Die Lage der Westjuden hatte sich in den vorangegangenen Wochen verschlechtert und die Deportationen aus dem Getto in das Vernichtungslager Kulmhof hatten begonnen.

3 GESCHEITERTE INTEGRATION

Die Isolation, in der die Berliner und die übrigen Westjuden in den letzten Jahren vor der Deportation gelebt hatten, setzte sich unter anderen Vorzeichen in Litzmannstadt fort. Dies lag nicht nur an der überwiegenden Unterbringung in den genannten Kollektiven. Allen Berichten über die Ankunft der Westjuden im Getto ist gemeinsam, dass die Neuankömmlinge im Vergleich mit der eingesessenen Gettobevölkerung als »wohlhabend« angesehen wurden – allein die vier Transporte aus Berlin brachten über 413 000 Reichsmark nach Litzmannstadt³⁸ – und sich von den Zuständen im Getto jedoch zunächst keine Vorstellung machten und auch gar nicht machen konnten. Arnold Mostowicz beschreibt ebenso eindrücklich wie Moshe Pulaver³⁹, dass die deutschen Juden – sobald die mitgebrachten Lebensmittel zur Neige gingen – damit begannen, ihre Sachen zu verkaufen und gegen Nahrungsmittel einzutauschen, weil die reguläre Lebensmittelversorgung nicht ausreichte und die Bewohner angewiesen waren, sich auf dem privaten Markt zusätzliche Rationen zu beschaffen. In der Anfangszeit reichte ihre Kaufkraft praktisch dazu aus, den gesamten freien Lebensmittelmarkt aufzukaufen und dadurch starke Preissteigerungen herbeizuführen: »Es wurde gleichsam zu einer Epidemie unter den Ghettoeinwohnern, von den deutschen Juden die verschiedenartigsten Sachen zu kaufen.«⁴⁰

Nur sehr wenigen der deutschen Juden gelang es, den äußerst harten Lebensbedingungen des Gettos geeignete Überlebensstrategien entgegenzusetzen. In kaum einem der vorliegenden Überlebendenberichte polnischer Juden aus dem Getto Litzmannstadt fehlt der Hinweis auf die anfängliche Überheblichkeit, mit der die deutschen Juden nach ihrer

36 APŁ, PSŻ, Nr. 1090, Bl. 50–53, hier Bl. 52f.: »Nie odstąpię od dewizy: Dobro ogółu a nie ambicje i wygoda jednostek. Nowa ludność musi się przystosować do życia w gecie.« Mowa Rumkowskiego z dnia 15 listopada 1941 r. Vgl. Singer, »Im Eilschritt durch den Gettotag...«, S. 185.

37 APŁ, PSŻ, Nr. 1090, Bl. 77–93, hier Bl. 84: »Dozgonna wdzięczność nowej ludności Prezesa.« Mowa na uroczystej konferencji z mężami zaufania Żydów z Zachodu z dnia 1 lutego 1942 r.

38 APŁ, Stadtverwaltung Litzmannstadt, Nr. 29589, Bl. 61: Gettoverwaltung (gez. Biebow) an die Geheime Staatspolizei, Herrn Kommissar Fuchs, vom 25. Februar 1942 betr. Geldbeträge, die von den aus Berlin eingesiedelten Juden abgeliefert worden sind.

39 Arnold Mostowicz: Der blinde Maks oder Passierschein durch den Styx. Berlin 1992, S. 48ff.; Moshe Pulaver: Geven iz a geto. Tel Aviv 1963, S. 52–54. Zu Pulaver vgl. Gila Flam: Das kulturelle Leben im Getto Lodz, in: »Wer zum Leben, wer zum Tod...«, S. 80.

40 Pulaver, Geven iz a geto, S. 53; Lucille Eichengreen: Rumkowski, der Judenälteste von Lodz. Autobiographischer Bericht. Hamburg 2000, S. 12ff. Vgl. zur Getto-Ökonomie Barkai, »Zwischen Ost und West«, S. 251–254.

Ankunft im Getto den polnischen Juden begegneten – und dies, obwohl nur wenige des Jiddischen, der Umgangssprache des Gettos, mächtig waren.⁴¹ Für die polnischen Gettoinsassen gab es darüber hinaus wenig Anlass, die Neuzugänge aus dem Westen besonders willkommen zu heißen. Anfang November 1941 wurde die Brotration der Gettoinsassen gekürzt, und in einer Bekanntmachung schrieb Rumkowski explizit, dass der Grund hierfür das »Anwachsen der Gettobevölkerung« um 20 000 »Neuankömmlinge aus dem Westen« sei.⁴² Dennoch begegneten sich beide Gruppen keineswegs feindselig. Aller Differenzen zum Trotz versuchten alle, miteinander auszukommen, soweit das unter den bestehenden Bedingungen überhaupt möglich war.

Womöglich noch stärker als der Gegensatz zwischen Ost- und Westjuden stand einer Integration der letzteren die völlige Sinnlosigkeit des Gettodaseins im Wege: »Aber alle, die Eilenden und Schleppenden und Ziehenden und Trottenden, die welche arbeiten und die welche zuschauen, die welche betreuen und die welche betreut werden, die Menschen und die Pferde... alles was sich durch die Gassen bewegt, alles ohne Sinn, wie Marionetten auf der Bühne... und je öfter man die Szene beobachtet, desto sinnloser wirkt das ganze. Für wen? Für was? Weshalb? Wie lange? Keine dieser Fragen kann beantwortet werden. Es gab keinen Sinn am Anfang und es gibt keinen Sinn am Ende...«⁴³ Wer es angesichts des Schocks noch konnte, versuchte, sich ein wenig Normalität zu erhalten. So wurden beispielsweise Anfang Dezember 1941 25 Ehepaare unter den »Neuangekommenen« offiziell getraut.⁴⁴ Insgesamt schlossen 63 Personen aus Berlin mit Menschen aus dem eigenen oder anderen Transporten eine Ehe im Getto, wobei die Westjuden jedoch ganz überwiegend unter sich blieben.⁴⁵ Auch drei Kinder wurden von »Berliner« Müttern im Getto geboren: Gitta Radomsky, geboren am 3. Dezember 1941, Recha Halbersberg, geboren am 25. Januar 1942, und Tana Pollaczek, geboren am 9. Mai 1942. Keines dieser Kinder überlebte.

Die katastrophalen Lebensumstände im Getto sowie die äußerst schlechte Ernährungslage machten sich – zumal im Winter – sehr rasch auch unter den neu »ingesiedelten« Juden bemerkbar (Hunger, Kälte, Krankheiten). Sie waren den Bedingungen des Gettoalltags kaum gewachsen, vor allem nachdem die mitgebrachten Lebensmittel, die nicht schon bei der Ankunft konfisziert worden waren, aufgebraucht worden waren. Die Sterblichkeit im Getto stieg ab November 1941 an und erreichte bald das Doppelte der vorangegangenen Durchschnittszahlen von monatlich 800 bis 1000 Toten (1941), die Seuchen, Krankheiten und Hunger zum Opfer gefallen waren.⁴⁶ Dies fand sogar in Liedern des Gettos seinen Ausdruck, namentlich in dem Lied »Es geyt a yeke« von Jankel Herszkowicz (1910–1972)⁴⁷, in dem es heißt:

41 Pulaver, *Geven iz a geto*, S. 53; LAB, B Rep. 058, Nr. 41, Bl. 26f.: Überlebendenbericht von Ruth Alton. Vgl. allgemein Robert Moses Shapiro: *Diaries and Memoirs from the Lodz Ghetto in Yiddish and Hebrew*, in: ders. (Hg.): *Holocaust Chronicles. Individualizing the Holocaust through Diaries and other Contemporaneous Personal Accounts*. Hoboken 1999, S. 95–115; Marian Turski: *Individual Experience in Diaries from the Lodz Ghetto*, in: *Holocaust Chronicles*, S. 117–124.

42 Zit. nach Eichengreen, Rumkowski, *der Judenälteste von Lodz*, S. 12.

43 Rosenfeld, *Wozu noch Welt*, S. 68f.

44 *Kronika getta łódzkiego*, tom 1, S. 289f. (Tageschronik vom 2. Dezember 1941); *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt, 1941*, S. 283.

45 Da die Ehefrauen unter ihrem neuen Namen nicht vermisst werden, wurde in der Liste stets ihr Geburtsname bzw. Name, unter dem sie deportiert wurden, angeführt.

46 APL, Stadtverwaltung Litzmannstadt, Nr. 29035, passim, bes. Bl. 75ff. Vgl. Amtsleiter Biebow an Gestapokommissar Fuchs vom 4. März 1942 betr. Ernährungslage des Gettos; abgedruckt in: »Unser einziger Weg ist Arbeit«. *Das Getto in Łódź 1940–1944. Eine Ausstellung des Jüdischen Museums Frankfurt am Main* 30. März bis 10. Juni 1990. Redaktion Hanno Loewy und Gerhard Schoenberger. Frankfurt/M. 1990, S. 199.

47 Kempa/Szukalak, *Żydzi dawnej Łodzi*, S. 70f.

*Es geyt a yeke mit a teke
Er zukht puter, margarin,
Beshum oyfn
Nishto tsu koyfn
Nemt er a vize nokh Marysin.*

*Es geht ein Jecke mit einer Aktentasche
Er sucht Butter, Margarine
Auf keinen Fall
Gibt es etwas zu kaufen
Er nimmt ein Visum nach Marysin.⁴⁸*

Einen stark überdurchschnittlichen Anstieg verzeichnete die Sterblichkeit der Westjuden und besonders der Berliner zwischen Oktober 1941 und Mai 1942, die über 27 Prozent betrug (1106 Menschen). Das war eine dreimal höhere Sterblichkeit beispielsweise im Vergleich zu den Prager Transporten (9,14 %) und zu dem Durchschnitt der alteingesessenen Gettobewohner (8,4 %).⁴⁹ Dies war auch deshalb der Fall, weil die ganz überwiegende Mehrheit der Westjuden keine Arbeit finden konnte, daher auch keinerlei Einkommen besaß und auf das Kollektivdasein angewiesen blieb. Unter denjenigen, die ihr Kollektiv auf eigenen Entschluss hin verließen, war die Sterblichkeit noch höher als in den Kollektiven selbst.⁵⁰ Eine von Biebow gezeichnete Aktennotiz von Ende Februar 1942 vermerkt, dass von den knapp 20 000 »eingesiedelten Juden« in der Zwischenzeit 1262 Menschen verstorben und nur 3132 zu einer Arbeit herangezogen worden seien. Weitere 3389 Menschen hielt man noch für »arbeitsfähig«, den »Rest von 11925 Juden« jedoch für krank und »arbeitsunfähig«.⁵¹

Die alteingesessenen Gettobewohner erwarteten aus Deutschland überwiegend areligiöse Juden oder gar Christen, die lediglich durch die Nürnberger Gesetze zu Juden gemacht worden waren.⁵² Wie erwähnt, gelangten mit den Transporten aus dem Westen tatsächlich auch »nichtarische Christen« in das Getto Litzmannstadt. Für die Gruppe der katholischen »Nichtarier« aus Berlin sind insgesamt 30 Personen identifiziert worden, die dem »Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin« bekannt waren und 1941 nach Litzmannstadt deportiert wurden. Auf Seiten der evangelischen Kirche sind 63 Personen namentlich nachweisbar, wobei die tatsächlichen Ziffern für beide Konfessionen darüber liegen dürften.⁵³ Über die protestantischen und katholischen Christen in den Gettos ist allgemein sehr wenig bekannt, und auch dies nur im Falle der Gettos in Warschau, Riga und Litzmannstadt. In letzterem befanden sich schätzungsweise 260 Christen beider Konfessionen, worunter sich allerdings nicht nur »Juden« im Sinne der Nürnberger Gesetze befanden, sondern auch eine unbekannte Zahl »Arier«, die ihren jüdischen Partner bzw. Angehörigen nicht hatten verlassen wollen und sich mit diesem hatten deportieren lassen.⁵⁴

48 Im Stadtteil Marysin, der seinerzeit teilweise zum Gebiet des Gettos gehörte, befand (und befindet) sich der Jüdische Friedhof. Zu Liedern im Getto vgl. grundlegend Gila Flam: *Singing for Survival. Songs of the Lodz Ghetto, 1940–45. Urbana – Chicago 1992*, bes. S. 92–94; *Kronika getta łódzkiego*, tom 1, S. 295f. (5. Dezember 1941); *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt, 1941*, S. 287f.; vgl. auch die Variante bei Irene Hauser: »Nicht einmal zum Sterben habe ich Protektion...« *Tagebuch von Irene Hauser*. Frankfurt/M. o. J. [1992], S. 6.

49 Löw, *Juden im Getto Litzmannstadt*, S. 252; Dąbrowska, *Wysiedleni Żydzi*, S. 125f.

50 APŁ, PSŻ, Nr. 1208, Bl. 17–20, hier Bl. 19: Konferenz, stattgefunden am 13. 1. 1942 im Beisein des Herrn Rechtsanwalt Neftalin, der Herren Koltonski, Rosenblum, Pripis, Baron und der Herren Kollektivleiter. Vgl. ebd., Bl. 27: Dipl. Ing. Julius Tauber, Leiter Kollektiv Berlin III: Vorschlag für die Regelung des Austritts aus einem Kollektiv.

51 APŁ, Stadtverwaltung Litzmannstadt, Nr. 29589, Bl. 2: Aktennotiz 60/42 (gez. Hans Biebow) vom 23. Februar 1942.

52 Poznański, *Dziennik z łódzkiego getta*, S. 12, Pulaver, *Geven iz a geto*, S. 54; Löw, *Juden im Getto Litzmannstadt*, S. 236f.

53 Katrin Rudolph: *Hilfe beim Sprung ins Nichts. Franz Kaufmann und die Rettung von Juden und »nichtarischen« Christen*. Berlin 2005 (Dokumente – Texte – Materialien. Veröffentlicht vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin; 58); vgl. Franklin A. Oberlaender: »Wir aber sind nicht Fisch und nicht Fleisch«. *Christliche »Nichtarier« und ihre Kinder in Deutschland*. Opladen 1999.

54 Vgl. Lucille Eichengreen: *Frauen und Holocaust. Erlebnisse, Erinnerungen und Erzähltes*. Bremen 2004, S. 36–42; Löw, *Juden im Getto Litzmannstadt*, S. 240f.; APŁ, PSŻ, Nr. 19, Bl. 213–215: Römisch-katholische Glaubensvereinigung Litzmannstadt-Getto an das Erzbischöfliche Ordinariat, Hilfsstelle, Wien, vom 6. Februar 1942; LAB, B Rep. 058, Nr. 41, Bl. 24: Überlebendenbericht von Ruth Alton.

Die Mehrheit der Katholiken stammte aus den Wiener Transporten, die Protestanten aus den reichsdeutschen sowie den Prager Transporten.⁵⁵ Bei den übrigen Gettoinsassen dürfte die Anwesenheit einer so kleinen Gruppe von Christen im Getto kaum auf Interesse gestoßen sein. Immerhin kam Rumkowski ihnen in ihrem Wunsch entgegen, ihr religiöses Leben, das sie getrennt nach Konfessionen, aber in denselben Räumlichkeiten an der Rembrandtstraße (ulica Jakuba) organisierten⁵⁶, ungehindert zu praktizieren: »Juden-Christen! Weder wolltet Ihr hierher kommen, noch haben wir Euch eingeladen«, so Rumkowski in einer Ansprache am 1. Februar 1942. »Da Ihr nun aber bei uns seid, betrachten wir Euch als unsere Brüder. Bei uns habt Ihr auf alles dieselben Anrechte wie wir selbst.«⁵⁷ Die »nichtarischen« Christen aus Westeuropa wahrten ihr Zusammengehörigkeitsgefühl bis zum Ende: Am 9. Mai 1942 wurden sie auf eigenen Wunsch als geschlossene Gruppe mit Transport Nr. VI in das Vernichtungslager Kulmhof deportiert und dort ermordet.⁵⁸

4 DER MASSEMORD IN KULMHOF DEZEMBER 1941 BIS HERBST 1942

In Kulmhof (Chełmno), ca. 60 Kilometer nordwestlich von Litzmannstadt, tötete das etwa 80 Mann starke »Sonderkommando Lange«, das ab März 1942 SS-Hauptsturmführer Hans Bothmann kommandierte, mit drei Gaswagen zwischen Dezember 1941 und März 1943 die jüdische Bevölkerung sämtlicher wartheländischen Gettos; lediglich das Getto Litzmannstadt wurde zunächst nicht vollständig liquidiert.⁵⁹ Morde an Juden aus dem Getto Litzmannstadt fanden in Kulmhof nur bis zum 12. September 1942 statt.⁶⁰ In Litzmannstadt blieben im Sommer 1942 zunächst – zusammen mit 11 625 »ingesiedelten« Juden aus den Landgettos⁶¹ – ca. 90 000 arbeitsfähige Juden am Leben.

Dass in der nationalsozialistischen »Judenpolitik« eine entscheidende Wende eingetreten war, wurde für die jüdische, aber auch für die polnische Ortsbevölkerung im östlichen Warthegau im Frühjahr 1942 zur furchtbaren Gewissheit, als im Februar und März 1942 in einer Reihe von Städten in der Umgebung von Litzmannstadt zahlreiche Juden wahllos aus den Gettos heraus verhaftet und in aller Öffentlichkeit hingerichtet wurden.⁶² In den Statistischen Monatsberichten der Stadt Litzmannstadt wurden die Juden 1942 vorsorglich schon nicht mehr aufgeführt und waren in den zahlreichen Tabellen nur noch durch den Hinweis »ohne Juden« in den Fußnoten gleichsam virtuell präsent.⁶³

55 Die geistliche Leitung übernahm auf katholischer Seite – da sich im Getto kein Priester befand – die Wiener Karmelitin Regina Maria Fuhrmann, bei den evangelischen Christen der Pfarrer Dr. Leopold Bass aus Hamburg. Vgl. Isaiah Trunk: *Mayrekh-europeishe yidn in di mizrekh-europeishe getos*, in: *Di goldene keyt* [Tel Aviv] 4 (April 1953) 15, S. 80–102, hier S. 94f.; Dąbrowska, *Wysiedleni Żydzi*, S. 131.

56 *Kronika getta łódzkiego*, tom 1, S. 339f. (26.–28. Dez. 1941); *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt*, 1941, S. 328.

57 APL, PSZ, 1090, Bl. 77–93, hier Bl. 92: »Dozgonna wdzięczność nowej ludności Prezesa.« *Mowa na uroczystej konferencji z mężami zaufania Żydów z Zachodu z dnia 1 lutego 1942 r.*

58 *Kronika getta łódzkiego*, tom 1, S. 508 (Tageschronik vom 6. Mai 1942); *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt*, 1942, S. 151. Julian Baranowski: *Chrześcijaństwo w getcie łódzkim*, in: *Ośrodek zagłady Żydów w Chełmnie nad Nerem*, S. 76–80, hier S. 80.

59 Vgl. grundlegend Shmuel Krakowski: *Das Todeslager Chełmno/Kulmhof. Der Beginn der »Endlösung«*. Jerusalem – Göttingen 2007.

60 Löw, *Juden im Getto Litzmannstadt*, S. 265.

61 APL, PSZ, Nr. 19, Bl. 234: *Aufstellung der im Getto bis 25. VIII. 1942 aus dem Warthegau eingetroffenen Eingesiedelten-Transporte vom 27. August 1942*; Alberti, *Verfolgung und Vernichtung*, S. 448.

62 Bis August 1942 waren diese Gettos allesamt liquidiert und ihre Insassen in Kulmhof ermordet worden; Danuta Dąbrowska: *Zagłada skupisk żydowskich w »Kraju Warty« w okresie okupacji hitlerowskiej*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 1955, Nr. 13–14, S. 122–184, hier S. 137.

63 *Archiwum Państwowe w Poznaniu (APP)*, Reichsstatthalter, Nr. 1855.

In das im Vergleich zu Litzmannstadt weniger hermetisch abgeriegelte Getto Warschau hatten Juden, die in Gettos in der Nähe von Kulmhof lebten, bereits Ende Januar 1942 die ersten Postkarten mit Informationen über die begonnene Vernichtung der warthe-ländischen Juden gesandt. Sichere Detailinformationen lagen im Warschauer Getto dann Anfang Februar durch den Bericht des jüdischen Augenzeugen »Szlamek« vor, dem am 19. Januar erst die Flucht aus Kulmhof und später dann ins Generalgouvernement und nach Warschau gelungen war.⁶⁴ Auf Seiten der Alliierten schließlich wurde die Judenvernichtung in Kulmhof erstmals in einer Rede Szmul Zygielbojms am 2. September 1942 auf einer Tagung der Labour Party in London näher beschrieben⁶⁵, ausführlicher dann in einem Ende 1943 in New York publizierten Yizkor-Buch (Gedenkbuch) für die Juden in Łódź.⁶⁶

Dass die im Herbst 1941 nach Litzmannstadt deportierten und ins Getto gepferchten reichsdeutschen Juden im Gegensatz zu den Roma (ab 5. Januar 1942) und den polnischen Juden (ab 16. Januar 1942) in den ersten Monaten bis April 1942 von der Deportation nach Kulmhof ausgenommen waren – was die Ressentiments im Getto gegen die Westjuden noch verstärkte⁶⁷ –, wird in der Forschung damit begründet, dass zu diesem Zeitpunkt noch Pläne aktuell waren, lediglich die arbeitsunfähigen polnischen Juden zu töten, wohingegen die arbeitsfähigen sowie allgemein die Westjuden (von denen jedoch die Mehrheit faktisch arbeitsunfähig war) später tatsächlich nach Osten weiter deportiert werden sollten – ähnlich also, wie es das Protokoll der Wannsee-Konferenz von Januar 1942 vermerkte. Erst mit der bis spätestens April 1942 zu datierenden Grundsatzentscheidung, sämtliche Juden im NS-Herrschaftsbereich in Europa zu töten, gerieten auch die Westjuden im Getto Litzmannstadt auf die Deportationslisten für das Vernichtungslager Kulmhof. Nachdem zwischen dem 16. und 29. Januar zunächst 10 003, dann in einer zweiten Deportationswelle von März bis 2. April 1942 34 073 Gettobewohner in Kulmhof getötet worden waren, wurden zwischen dem 4. und 15. Mai 1942 fast ausschließlich deutschsprachige Juden, insgesamt 10 914 Personen, nach Kulmhof deportiert.⁶⁸ Wenngleich im Getto vage Gerüchte über das Los der Deportierten kursierten, so war doch namentlich unter den Westjuden die Vorstellung verbreitet, dass die bevorstehende »Aussiedlung« nicht schlimmer sein könne als das Leben im Getto:

»Wenn wir als Beispiel den Transport ›Berlin III‹ nehmen, so blieben von ca. 1100 Ankömmlingen (so viele gab es bei der Einrichtung des Kollektivs) nur 980 Personen. Von diesen starben im Laufe einiger Monate ca. 180 Personen, und etwa 150 Ältere wurden ins Altersheim gebracht. Etwa 100 Personen fanden irgendwelche Arbeit, von den übrigen liegt über die Hälfte mit geschwollenen Gliedern darnieder. [...] Unter ihnen sind etwa 50 mit Kriegsauszeichnungen, und dennoch haben sie alle einstimmig beschlossen, sich

64 Ruta Sakowska: Die zweite Etappe ist der Tod. NS-Ausrottungspolitik gegen die polnischen Juden, gesehen mit den Augen der Opfer. Berlin 1993 (Publikationen der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz; 3), S. 38–40, S. 159–185 (»Szlameks« Bericht).

65 German Atrocities in Poland and Czechoslovakia. Labour's Protest. London 1942, S. 5; »In the town of Chełmno only, 40 thousand people were gassed within 50 days. The victims are forced to bury the lot previously killed. In eye-witnesses' reports we found the names of people who were forced to bury their own wives, children, parents. We found there also descriptions of how mothers with their infants at their breasts were thrown into the gas chamber, of how the Germans wrenched gold teeth from the mouths of their dead victims who had been previously completely robbed of their clothes and belongings.«

66 Ya'akov Kirshboym: Khurbn lodzsh, in: Lodzsher yizkor-bukh. Aroysgegebn fun fareynikte retungs-komitet far der shtot lodzsh. New York 1943, S. 164–181, bes. S. 176–180.

67 Barkai, Deutschsprachige Juden in osteuropäischen Ghettos, S. 206.

68 Julian Baranowski: Łódzkie getto 1940–1944. Vademecum. Łódź 1999, S. 101; Alberti, Verfolgung und Vernichtung, S. 404ff.; Barkai, »Zwischen Ost und West«, S. 257–259; Dąbrowska, Wysiedleni Żydzi Zachodnioeuropejscy w getcie łódzkim, S. 130.

nicht darum zu bemühen zu bleiben, sondern gemeinsam in einem Transport abzufahren. Sie haben genug von diesem Paradies!«⁶⁹

Von den ursprünglich 4 210 Juden der Berliner Transporte, von denen Anfang Mai 1942 schätzungsweise noch 3 160 Menschen am Leben waren, wurden im Verlaufe dieser zwei Wochen 2 315 namentlich bekannte Menschen im Vernichtungslager Kulmhof ermordet. Am 20. Mai 1942, das heißt nach Abschluss der »Aussiedlungen«, waren offiziell noch 745 Menschen aus den Berliner Transporten am Leben. Das entsprach einer Überlebensrate von nur 18 %, wohingegen aus den Prager Transporten knapp 50 %, aus den Wiener Transporten 22 %, den Kölner Transporten 36 % und aus dem Düsseldorfer Transport knapp 40 % der Menschen noch im Getto lebten.⁷⁰ Auch wenn es also nicht auf Rumkowskis Initiative zurückgeht, dass die Westjuden im Mai 1942 schließlich massenweise »ausgesiedelt« wurden, so hätte es doch seinen Absichten seit dem Winter 1941/42 entsprochen, wenn die Westjuden sich frühzeitig auf den Deportationslisten befunden hätten, und zwar wegen ihres hohen Anteils an »Arbeitsunfähigen«, womit er entsprechend seiner Arbeitsmaxime die alteingesessenen Gettobewohner besser hätte schützen können.

Die über Monate hinweg durchgeführten Deportationen stellten Rumkowskis Ratio jedoch mehr und mehr in Frage. Dass die im Mai 1942 deportierten Westjuden keinerlei Gepäck mitnehmen durften, sorgte für eine erhebliche Beunruhigung im Getto⁷¹, und es verbreiteten sich rasch Gerüchte, dass das gesamte Getto der Auflösung und seine Bewohner der Ermordung entgegensehen würden:

»Es macht sich unter den Juden eine Erkenntnis breit und fasst Wurzel, dass die Juden Europas diesen Krieg nicht überleben werden. Bisher waren die Juden immer der Ansicht, dass die Deutschen dem arbeitenden Juden in seiner Existenz nicht hindernd im Wege stehen werden. Dass diese Ansicht in das Gegenteil umgeschlagen ist, dürfte in den bisherigen Evakuierungen der Juden zu suchen sein.«⁷²

5 DIE WESTJUDEN IM GETTO NACH DEN GROSSEN DEPORTATIONEN BIS 1944

Auch mit dem Ende der Deportationen der Westjuden im Mai 1942 kam das Getto nicht zur Ruhe. Die Transporte nach Kulmhof, nunmehr wieder mit »Einheimischen« (Oskar Rosenfeld), gingen weiter, auf der anderen Seite begannen die Nationalsozialisten im Sommer 1942 die zahlreichen Gettos im östlichen Warthegau zu liquidieren und über 15 000 arbeitsfähige Juden zunächst ins Getto Litzmannstadt zu pferchen. Greisers Pläne von Sommer 1941, den Warthegau mittels Massenmord zu »entjuden«, hatten sich in der Zwischenzeit dahingehend gewandelt, dass die Arbeitsfähigen ins »Gaugetto Litzmannstadt« deportiert, die Arbeitsunfähigen jedoch ermordet wurden.⁷³ Aber auch in anderer Hinsicht schien Massenmord endgültig zu einer Form nationalsozialistischer Problemlösung avanciert zu sein. Im Mai 1942 schlug Greiser Himmler vor, etwa 35 000 an Tuber-

69 Kronika getta łódzkiego, tom 1, S. 494 (Tageschronik vom 29./30. April 1942). Vgl. Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt, 1942, S. 140.

70 APŁ, PSZ, Nr. 1208, Bl. 111–113, hier Bl. 111: Stenographisches Protokoll der Sitzung am 27. Mai 1942 in Anwesenheit des Präsidiums (Ing. Minc, Kaplan, Patalowski), der Herren Koltonski, Dr. Polak, Baron und der Kollektiv- und Transportleiter sowie deren Stellvertreter.

71 Vgl. Kronika getta łódzkiego, tom 1, S. 513 (Tageschronik vom 6. Mai 1942); Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt, 1942, S. 150.

72 APŁ, GV, 29188, Bl. 11–12, hier Bl. 11: Gettokommissariat: Bericht vom 28. Juli 1942 betr. Lageberichterstattung an den Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD.

73 Alberti, Verfolgung und Vernichtung, S. 366–370; Löw, Juden im Getto Litzmannstadt, S. 263; Rubin, Żydzi, S. 337f.

kulose erkrankte Polen im Warthegau einer sogenannten »Sonderbehandlung« zuzuführen, das heißt sie zu ermorden.⁷⁴ Obwohl es hierzu nicht kam, muss Greiser doch im Laufe des Jahres 1942 von Hitler eine Zusage darüber erhalten haben, er möge mit den Juden im Warthegau »nach eigenem Ermessen verfahren«.⁷⁵

Anfang September 1942 bestimmten die Deutschen, dass die Gettobevölkerung erneut um 20 000 Menschen zu reduzieren sei, und übertrugen Rumkowski die furchtbare Aufgabe, die Opfer hierfür auszusuchen: Zunächst wurden die Krankenhäuser aufgelöst und sämtliche Patienten zur Deportation bestimmt, ebenso alle Personen über 65 Jahre. Doch die auf diese Weise erreichte Zahl war noch immer zu niedrig. Am 4. September 1942 hielt Rumkowski im Getto eine Rede, die in kaum einem Überlebendenbericht fehlt:

»Da wir aber nicht von dem Gedanken beherrscht sind: ›Wieviel werden verlorengehen?, sondern von dem Gedanken: ›Wieviele wird man retten können?‹ sind wir, das heißt ich und meine engsten Mitarbeiter, zu dem Schluß gekommen, daß wir die Ausführung dieses Verhängnisses in unsere Hände nehmen müssen, wie schwer uns dies auch fallen sollte. Ich muß diese schwere und blutige Operation durchführen, ich muß Glieder amputieren, um den Körper zu retten! Ich muß Kinder nehmen, denn andernfalls könnten – Gott behüte – andere genommen werden... [...]

Man verlangte von mir 24 000 Kinder⁷⁶, dreitausend innerhalb von je acht Tagen. Doch gelang es mir, die Zahl auf 20 000 zu drücken, vielleicht weniger als 20 000, allerdings unter der Bedingung, daß es Kinder bis 10 Jahre sind. Kinder über 10 Jahre sind sicher. Da die Kinder zusammen mit den Alten nur eine Zahl von ca. 13 000 ergeben, wird man die Menge erreichen müssen mit Kranken.«⁷⁷

Die Deportationen der Kranken, Alten und der Kinder zwischen dem 3. und 12. September 1942 – insgesamt 15 685 Menschen⁷⁸, davon etwa 200 Personen aus den Berliner Transporten – hinterließen bei denjenigen, die im Getto zurückblieben, einen – so scheint es – tieferen Eindruck als die »Aussiedlungen« der vorangegangenen Monate.⁷⁹ Die ca. 4 700 Westjuden, die unter den knapp 89 500 im Herbst 1942 im Getto eingeschlossenen Menschen noch am Leben waren⁸⁰, teilten das unsägliche Elend mit den anderen Gettoinsassen, aber ihre Sterberate blieb wegen ihrer spezifischen Altersstruktur überdurchschnittlich hoch, und wer keine oder eine nur schlecht bezahlte Arbeit besaß, hatte so gut wie keine Überlebenschance.⁸¹ Laut Statistik der Gettoverwaltung waren von den ursprünglich 4 210 Juden aus Berlin am 1. Januar 1943 nur noch 372 Menschen am Leben. Darunter waren 41 Kinder bis 14 Jahre, 162 Personen zwischen 19 und 45 Jahren, weitere 112 Menschen zwischen 46 und 60 Jahren sowie 56 Menschen über 60 Jahre. Von den 20 Transporten mit Westjuden waren zu diesem Zeitpunkt noch insgesamt knapp über 3 600 Menschen am Leben, die meisten davon (1 743) aus Prag.⁸² Zwischen 1940 und 1944

74 Położenie ludności polskiej w tzw. Kraju Warty w okresie hitlerowskiej okupacji. Poznań 1990, S. 40–46, hier S. 43.

75 BArch, NS 19/1585, Bl. 17: Reichsstatthalter im Reichsgau Wartheland (gez. Greiser) an Reichsführer SS Heinrich Himmler vom 21. November 1942.

76 Übersetzungsfehler, im jiddischen Original steht »korbones«, d. h. Opfer.

77 APL, PSZ, Nr. 1091, Bl. 8–11: Rede Mordechaj Chaim Rumkowskis vom 4. September 1942 (jiddisch); hier zit. nach »Unser einziger Weg ist Arbeit«, S. 233–234.

78 APL, Stadtverwaltung Litzmannstadt, Nr. 29185, Bl. 49: Bevölkerungsbewegung im Monat September 1942 vom 1. Oktober 1942.

79 Pulaver, Geven iz a geto, 67–72; Josef Zelkovicz: In Those Terrible Days. Writings from the Lodz Ghetto. Edited by Michal Unger. Jerusalem 2002, S. 250–380; LAB, B Rep. 058, Nr. 41, Bl. 30–56: Überlebendenbericht von Ruth Alton; Hauser, »Nicht einmal zum Sterben habe ich Protektion...«, S. 11 (Eintrag vom 4. September 1942); Zelman, Ein Leben nach dem Überleben, S. 61f.; Briefe aus Litzmannstadt, S. 68f.

80 Barkai, »Zwischen Ost und West«, S. 265.

81 Vgl. hierzu die Tagebucheinträge von Irene Hauser, »Nicht einmal zum Sterben habe ich Protektion...«, passim.

82 APL, PSZ, Nr. 1203, Bl. 5f.

starben im Getto über 43 500 Menschen an Krankheiten und Unterernährung; sie wurden auf dem Jüdischen Friedhof in Marysin beigesetzt.

Im Zusammenhang mit dem Zwangsarbeitseinsatz von Gettoinsassen vor allem im Regierungsbezirk Posen gelangten 1942 noch einige wenige Berliner Juden vereinzelt in den Warthegau, namentlich Ärzte – abwertend als »Krankenbehandler« bezeichnet –, die zum Dienst in den schließlich im August 1943 aufgelösten Arbeitsgettos und Zwangsarbeitslagern verpflichtet wurden, jedoch selbstverständlich nicht in der Lage waren, die unmenschliche Behandlung der jüdischen Häftlinge zu mildern oder gar die hohe Sterblichkeit in den Lagern zu senken.⁸³

Dass das Getto Litzmannstadt so lange existierte, war kein Altruismus der Nationalsozialisten. Dank der starken Position Greisers in der Entscheidungshierarchie, die für den Judenmord verantwortlich zeichnete, konnte er die endgültige Liquidation des Gettos, das sich seit 1940 faktisch zu einem riesigen Zwangsarbeitslager für Juden entwickelt hatte und für die Wehrmacht einen unverzichtbaren Produktionsstandort darstellte, immerhin bis 1944 hinausschieben, musste sich dann aber dem Willen Himmlers fügen. In der Zwischenzeit hatte Himmler Überlegungen angestellt, das Getto in ein Konzentrationslager umzuwandeln bzw. seine jüdischen Arbeitskräfte in Zwangsarbeitslager der SS im Generalgouvernement zu verlegen, aber derlei Planungen wurden von der Kriegsentwicklung unmöglich gemacht. Als im Frühjahr 1944 zwischen Himmler und Greiser schließlich vereinbart wurde, auch die restlichen Juden in Litzmannstadt zu ermorden, nahm das »Sonderkommando« in Kulmhof ein zweites Mal seinen Tötungsbetrieb auf und ermordete im Juni/Juli im Laufe dreier Wochen (23. Juni – 14. Juli 1944) weitere 7 196 Juden aus dem Getto.⁸⁴ Die übrigen ca. 67 000 Juden, darunter auch Chaim Rumkowski mit seiner Familie, wurden im August nach Auschwitz-Birkenau deportiert, die überwiegende Mehrheit von ihnen dort sofort in den Gaskammern getötet.⁸⁵ In Litzmannstadt zurück blieb ein jüdisches »Aufräumkommando«, das in den folgenden Monaten die Spuren des Gettos Litzmannstadt tilgen sollte und das seiner Ermordung durch Flucht oder in Verstecken bis zum Einmarsch der Roten Armee in Łódź am 17. Januar 1945 entgehen konnte.

Insgesamt wurden in Kulmhof mindestens 152 000 Menschen ermordet, darunter neben Juden auch ca. 80 Kinder aus dem tschechischen Lidice, ca. 4 300 Roma sowie schätzungsweise einige Hundert polnische Zivilisten.⁸⁶ Die genaue Zahl der Berliner Deportierten, die im August 1944 nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurden, lässt sich wegen der seinerzeit im Getto nur noch sporadisch geführten Akten nicht mehr rekonstruieren; ähnlich verhält es sich auch mit der Gruppe der Überlebenden aus den vier Berliner Transporten; sie lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit 23 Personen beziffern, von denen einige Schicksale in den folgenden Biografien vorgestellt werden.

83 APP, RRW, Nr. 2034, Bl. 7: Ernst Hirschfeld, geb. 14. August 1899 in Berlin; ebd., Bl. 15: Dr. Walter Blank, geb. 31. Dezember 1894 in Hannover; Dr. Felix Moskiewicz, geb. 20. Oktober 1900 in Thorn; ebd., Bl. 16: Dr. Siegfried Bloch, geb. 1. Mai 1882 in Silberhütte; ebd., Bl. 18: Dr. Julius Ebstein, geb. 1894; Dr. Max Hartstein, geb. 1895; Dr. Hans Knopf, geb. 1892; vgl. Anna Ziółkowska: Transporty powrotne (Rücktransporte). Eliminacja więźniów niezdolnych do pracy z obozów pracy przymusowych dla Żydów w Wielkopolsce, in: Ośrodek zagłady Żydów w Chełmnie nad Nerem, S. 37–43; dies.: Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej (1941–1943). Poznań 2005, S. 290 (abweichendes Geburtsdatum 1882 für Hans Knopf, Todesdatum am 12. August 1943 in Konin).

84 Vgl. Sascha Feuchert et al. (Hg.): Letzte Tage. Die Łódzer [sic] Getto-Chronik Juni/Juli 1944. Göttingen 2004; Baranowski, Likwidacja Żydów z getta łódzkiego w obozie zagłady w Chełmnie nad Nerem, S. 7f.

85 Andrzej Strzelecki: Deportacja Żydów z getta łódzkiego do KL Auschwitz i ich zagłada. Opracowanie i wybór źródeł. Oświęcim 2004 [engl.: The Deportation of Jews from the Łódź Ghetto to KL Auschwitz and their Extermination. Oświęcim 2006].

86 Alberti, Verfolgung und Vernichtung, S. 450f.; Baranowski, Zigeunerlager in Litzmannstadt 1941–1942; vgl. Frank Golczewski: Polen, in: Wolfgang Benz (Hg.): Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. München 1996, S. 411–497, hier S. 464.